

Volkswacht

für Schlesien

Organ für die werktätige Bevölkerung

Druck- und Verlagsanstalt: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141, Postfach-Rote: Postfach-Unt. Breslau Nr. 5852

Anzeigenpreis: 1. Zeile für 1000 Exemplare 1.20 M., 2. Zeile 0.80 M., 3. Zeile 0.60 M., 4. Zeile 0.50 M., 5. Zeile 0.40 M., 6. Zeile 0.30 M., 7. Zeile 0.25 M., 8. Zeile 0.20 M., 9. Zeile 0.15 M., 10. Zeile 0.10 M., 11. Zeile 0.08 M., 12. Zeile 0.06 M., 13. Zeile 0.05 M., 14. Zeile 0.04 M., 15. Zeile 0.03 M., 16. Zeile 0.02 M., 17. Zeile 0.01 M., 18. Zeile 0.01 M., 19. Zeile 0.01 M., 20. Zeile 0.01 M.

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 1 Mal und ist durch die Haupt-Vertriebsstellen: Buchhandlung des „Volkswacht“, Neue Grabenstraße Nr. 4 und durch alle Buchhändler zu beziehen. Abonnement: Vierteljährlich 1.20 M., monatlich 0.40 M., vierteljährlich 1.20 M., (einschließlich Postgebühren), durch die Postverwaltung 1.50 M. (ohne Postgebühren), frei im Hause durch die Postverwaltung 1.50 M. (einschließlich Postgebühren), monatlich 0.40 M., vierteljährlich 1.20 M.

Regierungswechsel in Prag.

Der bayerische Konflikt.

Stellungnahme der bayerischen Gewerkschaften.

Am Dienstag, 6. September, war der Ausschuss der Freigewerkschaftlichen Landeszentrale Bayerns in München versammelt, um zu der gegenwärtigen Lage Stellung zu nehmen. Die Konferenzvertreter der 8 bayerischen Regierungsbezirke trafen im Laufe des Vormittags beim bayerischen Ministerpräsidenten eine Besprechung nach. In dieser Besprechung sollte die nachfolgende Erklärung mündlich begründet werden:

Die versammelten Mitglieder des Gewerkschafts-Landesauschusses Bayerns erklären nach sorgfältiger Prüfung der gegenwärtigen Verhältnisse der bayerischen Landesregierung folgendes:

In Übereinstimmung mit der Arbeiterschaft Deutschlands, die ihren Willen in der vorvergangenen Woche in unabweisbarer Weise zu erkennen gegeben hat, halten wir im Interesse der Aufrechterhaltung der Reichseinheit und der demokratischen Republik die sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern für unbedingt notwendig. Der in Bayern geltende Ausnahmezustand ist bisher einseitig gegenüber Bestrebungen der Arbeiterschaft in Wirksamkeit getreten, hat dagegen alle, auf Befriedigung der demokratischen Republik gerichtete Bestrebungen von rechts unangestastet gelassen. Die bayerische Arbeiterschaft muß feststellen, daß die Regierung diesen Zustand nicht nur kennt, sondern duldet. Sie verlangt von der bayerischen Regierung, daß sie bei Gelegenheit der von der Reichsregierung an sie ergangenen Aufforderung nicht nur den Ausnahmezustand für Bayern mit unersetzlicher Wirkung aufhebt, sondern daß sie darüber hinaus Maßnahmen trifft, die die Stärkung der Demokratie und der Republik auf das Bestimmteste gewährleisten.

Der Ministerpräsident hat zur Besprechung keine Zeit, trotz der Dringlichkeit der Sache. Im Laufe des Nachmittags erfolgte eine Vertagung der Aussprache auf Mittwoch. Die Konferenz sah sich deshalb gezwungen, diejenigen Maßnahmen zu beraten, die sich unter Umständen als notwendig erweisen werden, wenn die bayerische Regierung es vorziehen sollte, auf ihrem bisherigen Standpunkte gegenüber der Reichsregierung zu beharren.

Münchener Laktositäten.

WTB. erklärt anscheinend reichsregierungsoffiziös:

Die bayerische Regierung übergab die Telegramme, die der Reichsminister des Innern in der Angelegenheit des Verbotes der „Münchener-Augsburger Abendzeitung“ und der Unruhen in Koburg an die Münchener Regierung geschickt hat, den bayerischen Zeitungen zur Veröffentlichung, deren Kommentare dahin lauten, daß die Telegramme einen Eingriff in bayerische Rechte und eine Bruchstange Bayerns bedeuteten. Eine solche Auffassung ist durchaus unhaltbar und in keiner Weise beabsichtigt. Der Reichsminister des Innern hat es im Gegenteil vermieden, sich unmittelbar an untergeordnete Organe des bayerischen Staates zu wenden, aber direkt auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten das Verbot der Zeitung auszusprechen, um der bayerischen Zentralregierung Gelegenheit zu geben, von sich aus das Erfordersliche zu tun. Die bayerische Regierung hätte also, wenn sie eine abweichende Meinung hatte, diese in Verhandlungen geltend machen können. Die Zuspitzung der Lage, von der die bayerischen Zeitungen reden, wäre demnach lediglich auf die zu bedauernden Veröffentlichungen der Telegramme zurückzuführen.

Die bayerischen Bürgerparteien wollen verhandeln.

Die „Bayerische Staatszeitung“ teilt gestern mit: Am Vormittag trafen fast alle Fraktionen des Landtags zu Beratungen zusammen. Um 11 Uhr versammelten sich die Führer der Koalitionsparteien, um zur Lage und zu den gestrigen Beschlüssen des Ministerrats Stellung zu nehmen. Die Beratungen wohnen auch Ministerpräsident von Kahr und Staatssekretär Schwemer bei. Das Ergebnis der Beratungen war, wie wir erfahren, daß Übereinstimmung dahin erzielt wurde, daß mit Berlin wegen der Frage der Verordnung des Reichspräsidenten und des bayerischen Ausnahmezustandes weiter verhandelt werden soll. Zu diesem Zweck haben sich Schwemer mit zwei Referenten und dem Abgeordneten Heß, dem Vorsitzenden der Landtagsfraktion der Bayerischen Volkspartei und Abgeordneten Dr. Dirx, Führer der demokratischen Landtagsfraktion, nach Berlin begeben.

Dr. Geßler in München.

Drahtbericht unseres Münchener Bureaus.

Die Münchener Presse setzt ihren Behelf gegen die Reichsregierung mit der Aufbietung aller Kräfte fort. Selbst die offizielle „Staatszeitung“ erlaubt sich eine Blütenlese aus der reaktionären „Münchener Zeitung“ abzurufen und sieht sich veranlaßt, den übrigen Blättern eine schriftliche Erklärung des Bürgerrats mitzuteilen, in welcher die Regierung aufgefordert wird, in keinem Punkte nachzugeben und keinem Druck von Berlin zu weichen. Die „Augsburger Abendzeitung“ begründet die Ankündigung des Reichsministers Geßler in München mit einem lächerlichen Artikel, in dem sie Dr. Geßler auffordert, anstelle einer Stimmungsprobe für die Reichsregierung, sich mit der Aufklärung seines Ministerkollegen Dr. Grodnauer über Bayern zu befassen. Auch diese Aufmachung beweist, wie sinnlos in Bayern gehandelt wird. Dr. Geßler sprach lediglich auf seiner Durchreise nach dem Ulgan bei einer militärischen Stelle vor und hat nie daran gedacht, noch weniger einen Auftrag von der Regierung gehabt, in Bayern Stimmung für das Reich zu machen.

Die Entente unterstützt Deutsch-Oesterreich gegen Ungarn.

Erfolge der österreichischen Truppen.

Drahtbericht unseres Berliner Bureaus.

Das Ultimatum, das die Entente mächte wegen der Zustände im Burgenland an die ungarische Regierung übermitteln ließen, ist gestern nachmittag in Budapest überreicht worden. Die Forderungen lauten auf bedingungslose Räumung des Burgenlandes und Lehnen des finanziellen Verlangens der ungarischen Regierung an Deutsch-Oesterreich mit Entschiedenheit ab.

Den deutsch-österreichischen Truppen ist es inzwischen gelungen, die ungarischen Forderungen von den deutsch-österreichischen Gebieten, insbesondere aus Kirschschlag, zu verdrängen. Auf einzelnen deutsch-österreichischen Gebieten hatten sich jedoch auch heute noch ungarische Freischärler auf, die zum Teil noch auf österreichischem Gebiet, insbesondere aber an der west-ungarischen Grenzlinie entlang, starke Befestigungen angelegt und Schützengräben ausgebaut haben.

Der Wiener politischen Korrespondenz zufolge haben die drei Generale der Interalliierten Kommission in Debenburg der österreichischen Regierung den Plan mitgeteilt, die ungarischen Banden durch Ententeoffiziere zur Ruhe zu bewegen und die Maßnahmen zur Entwarnung auf ungarischem Boden durchzuführen.

Aus Wien wird gemeldet:

Im Bundesrat gab Bundeskanzler Schober eine Erklärung über die Vorfälle in Westungarn. Er erklärte, er erhalte in der gestrigen Note der ungarischen Regierung und in der heutigen Meldung des österreichischen Botschafters in Budapest, daß auch der ungarische Minister des Äußeren gegen die Banden aufträte, um mit Oesterreich zusammen diese Gefahr zu beseitigen, für eine Besserung der Situation, trotzdem gerade gestern der freieschärlige Heberfall auf niederösterreichischem Boden erfolgt ist. Die Note der Botschafterkonferenz, deren Wortlaut dem Bundeskanzler gestern vom französischen Gesandten überreicht worden ist, dürfte heute in Budapest überreicht werden. Die Note gebe Ungarn die striktesten Forderungen, und Oesterreich könne, wenn die Entente die Konsequenzen ziehe, zufrieden sein. Oesterreich habe auch heute alle drei Großmächte der Entente hinter sich. Der Bundeskanzler fügte hinzu, er möchte nur den Wunsch ausdrücken, daß die Entente ihren Worten nunmehr Taten folgen lasse und durch rasches Handeln die täglich größer werdende Gefahr verringere. Schließlich teilte er mit, daß er sich heute bereits an den Botschafter gewandt habe. Der Bundesrat nahm sodann einstimmig einen gemeinsamen Beschluß an, der drei Parteien an, in dem auf die Kriegshandlungen Ungarns, darunter auf den bewaffneten Einmarsch in Niederösterreich, hingewiesen wird, durch den der Frieden Oesterreichs auf das schwerste verletzt worden ist. Der Bundesrat hat an die Völkerbundversammlung in Genf einen Appell gerichtet, die geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um den Frieden der Republik Oesterreich gegenüber den kriegerischen Maßnahmen Ungarns zu schützen, damit ihre durch die Staatsverträge von St. Germain und Trianon gewährleisteten Grenzen von Ungarn geschützt werden.

Der Bundesrat genehmigte sodann den amerikanischen Friedensvertrag.

Vom Völkerbund.

Folgende 6 Kommissionen wurden aus der Versammlung gebildet: 1. Kommission für juristische und konstitutionelle Fragen, die sich u. a. mit etwaigen Änderungen des Statuts zu befassen hat, 2. Kommission für technische Organisationen, 3. Kommission für Abrüstung und Wiedergeburt, 4. Kommission für Budgets und Finanzen, 5. Kommission für humanitäre Angelegenheiten und 6. Kommission für besondere politische Fragen, wozu die Aufnahme neuer Staaten gehört. In der ersten Kommission nehmen u. a. teil: Balfour-England, Ishii-Japan, Tsesang-Polen, Benes-Tschechoslowakei, Vidani-Frankreich, Als Stiefvertreter sind genannt: Nolens-Frankreich, Graf Mensdorff-Oesterreich, Motta-Schweiz. Zur zweiten Kommission gehören u. a. Lord Robert Cecil-Südafrika, Graf Bernsdorff-Oesterreich, Hummer-Belgien, Marquis Imperiali-Italien, Fisher-England, Reynald Aubert-Frankreich, Branding-Schweden, Motta-Schweiz und Spalkowitsch-Südafrika.

Die irisch-englischen Verhandlungen.

Drahtbericht unseres Berliner Bureaus.

Die durch die Ablehnung des englischen Angebots in Irland geschaffene Lage wird in England selbst nicht als besonders ungünstig betrachtet. Auch in Dublin herrscht verhältnismäßig zurecht Stimmung. In Inverness wird heute der englische Kabinettsrat zusammengetreten, um sich mit der Lage zu beschäftigen. Als einzige Mitteilung Englands wird berichtet, daß Irland auf das von Dewalera propagierte Recht einer Trennung von England verzichtet.

Französische Truppenverstärkungen in O/S.

Dienstag früh trafen die ersten neuen französischen Truppen in Stärke von einem Regiment, mit Maschinengewehren, Minenwerfern und Bagage ausgerüstet, in Opelein ein. Sie bezogen sofort ihre Quartiere innerhalb der Stadt und deren nächster Umgebung. Am Nachmittag folgten weitere Truppentransporte, bestehend aus einem Bataillon französischer Infanterie und einer Artillerieschwadron.

Der sozialistische Ertrag des Prager Parlaments.

Aus Prag wird uns geschrieben:

Nach monatelanger, durch nationalpolitische Verhältnisse und durch wirtschaftliche Interessengegensätze hervorgerufener Lahmlegung ihrer Tätigkeit hat die tschecho-slowakische Nationalversammlung in den letzten Stunden ihrer Sommer-session einen fast unheimlichen Fleiß zu Wege gebracht. Dieser große Eifer vor Schluß verdrängt seine Entstehung keineswegs, wie man bei dem jungen Prager Parlament vielleicht annehmen könnte, einer undisciplinierten Arbeitsfreudigkeit, die nur bisher gehemmt war, sondern die Furcht, es könnte der Nationalversammlung ein vorzeitiges Ende bereitet werden, und der Abgeordnete früher, als er darauf vorbereitet ist, als ihm lieb und recht ist, vor das Gericht seiner Wähler zitiert werden. Durch positive Arbeit hoffen die Abgeordneten doch noch, ihr politisches Gewissen beschwichtigen und im letzten Augenblicke etwas nach Hause bringen zu können. Dabei kommen die bürgerlichen Parteien besser weg, als die Sozialisten. Daran trägt aber nicht, wie die Kommunisten, wie in aller Welt, so auch bei uns, bemerkt behaupten, der überlebte Parlamentarismus die Schuld, sondern umgekehrt der Nichtparlamentarismus, das infolge der Uneinigkeit sozialistischer Parteien Nichtausspielen können der proletarischen Kraft im Parlament. Auch im konkreten tschecho-slowakischen Falle liegt das Problem der eigenen Stärke nicht im Kampf gegen den Parlamentarismus, sondern in der Aktionsrichtung der Kräfte der parlamentarischen Sozialisten für größere und bessere sozialpolitische Leistungen.

Die Gesetze wurden in dieser Session nicht in Ausschüssen, nicht in Plenarsitzungen der beiden Häuser eingehend beraten; sie kamen meist durch einen Ruchhandel hinter den Kulissen des parlamentarischen Theaters zustande, wobei den mehr oder weniger ehrlichen Mäklern der „Hinterauskunft“ spielte, den die Vertreter der tschechischen Mehrheitsparteien bilden. Die sozialistische Bürokratie assistierte dabei.

Die soziale Bilanz der Gesetzgebung dieser Session ist sehr armelig. Die Forderungen der Arbeiter, Angestellten und Beamten fanden in der Nationalversammlung des nationalen Bankes, der parlamentarischen Sitzungen und Verordnungen wegen nur schwer Gehör. Ein Betriebsausführungsgesetz, ein Gesetz über Arbeitslosenversicherung, über Erhöhung der Pensionsversicherungssumme für Privatangestellte, einer Unfallversicherungsgesetz, der Beschluß auf Auszahlung einer schon lange fälligen Steuerungsrate an die Staatsbeamten, Regelung der Bezüge der staatlichen Offizianten und die Durchführung des Abfertigungsgesetzes bilden die soziale Gesamtertrag in diesem Jahre, während die andere Seite der Medaille bedeutende Mehrbelastung durch indirekte Steuern, besonders durch Verdoppelung der Umsatzsteuer, Aufhebung der staatlichen Brot- und Mehlsteuer, des Wohnungsbeschlagsgesetzes und manches andere aufweist. Die Anträge über Sozialversicherung wurden gänzlich verhandelt. Doch auch die gewonnenen positiven Errungenschaften der sozialen Gesetzgebung weisen Mängel auf. Das Betriebsausführungsgesetz steht in sozialpolitischer Hinsicht weit hinter dem deutschen und österreichischen Betriebsausführungsgesetz zurück. Betriebsauschüsse dürfen nur in Betrieben, die mehr als 30 Arbeiter beschäftigen, gewählt werden. Gegen die Forderung der sozialdemokratischen Abgeordneten, in kleineren Betrieben Vertrauensmänner mit den Funktionen der Betriebsräte auszustatten, stimmten alle bürgerlichen. Ebenso verurteilten sie die Forderung, daß Vertrauensmänner der Arbeiterschaft in den Aufsichtsräten Sitz und Stimme haben sollen. Es wird ihnen nur zugestanden, mit beratender Stimme den Verhandlungen beizuwohnen, was für die getriebenen Herren im Verwaltungsrate der großkapitalistischen Unternehmungen nicht gerade anstrengend sein wird. In Unternehmungen, die Handelsbücher führen und mindestens 300 Arbeiter oder 50 Bedienstete beschäftigen, darf der Betriebsauschuss fordern, daß ihm ein Rechnungsabluß, eventuell eine Gewinn- und Verlustrechnung vorgelegt werde, ein Recht des Betriebsauschusses, das

praktischer Wert aber dadurch illusorisch wird, daß mit der Vorlegung des Abchlusses bis 6 Monate nach Abschluß des Geschäftsjahres gewartet werden kann. Von dem Gesetze treten bloß 2 Bestimmungen, die eben genannte von der Vorlegung des Rechnungsabchlusses binnen 6 Monaten und die auf Delegation in den Verwaltungs- und Aufsichtsrat, sofort in Kraft, die anderen am 1. Januar 1922. Seit, sich auf das neue Gesetz entsprechend vorzubereiten, erhalten die Unternehmer hinreichend. Wenor ihnen besonders gespart hat, ein Betriebsrätegesetz über sich ergehen zu lassen, das Schreckgespenst russischer Sowjets vor Augen zu haben, davor sind sie dank der Energie der bürgerlichen Abgeordneten bewahrt geblieben. Die sozial sehr harmlos adoptierte Institution tritt auch mit dem viel harmloseren Namen eines Betriebsausschusses in Erscheinung.

Das Gesetz über die staatliche Arbeitslosenunterstützung hat schon eine Geschichte hinter sich. In den Tagen des Umsturzes im Jahre 1918 schuf dies „Revolutionsparlament“ ein Arbeitslosenunterstützungsgesetz. Dieses wurde durch Regierungsverordnung gegen den Willen der Sozialisten allmählich abgebaut. Das Verlangen der Sozialdemokraten, bei der wachsenden Arbeitslosigkeit auf eine Regelung der Arbeitslosenunterstützung, wurde viele Monate unter Beihilfe der bürgerlichen Parteien von der Regierung sabotiert, mit dem Hinweis, daß an einem Gesetzentwurf gearbeitet würde. Der Fälschung, insbesondere der deutschen sozialdemokratischen Partei, gelang es, daß es endlich zu einem solchen Gesetz kam.

Das Gesetz unterscheidet zwischen Orten über und unter 7000 Einwohnern. In den ersteren beträgt die Tagessumme eines Arbeitslosen 10 Kr., in den letzteren 8 Kr. Die Frau erhält 2 Kr., jedes Kind unter 14 Jahren 1 Kr.; die gesamte Unterstützungssumme einer Familie darf in Orten über 7000 Einwohner 18 Kr., in Orten unter 7000 Einwohnern 16 Kr. nicht überschreiten. Ausgenommen sind jene Fälle, wo zwei erwachsene Familienangehörige in Frage kommen. Dort erhält jedes arbeitslose Familienmitglied, das nicht Familienoberhaupt ist, 5 Kr. Das Gesetz ist zeitlich begrenzt bis zu dem Zeitpunkte, wo das Gesetz über den staatlichen Zuschuß zur gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung ausgeführt wird.

Eine wesentliche Verbesserung der bisherigen Zustände bringt die Unfallversicherungsnovelle, die eine Veränderung der bisherigen Grundlagen der Unfallversicherung darstellt und das Pensionsversicherungs-gesetz für Angestellte, das die bisherigen völlig unzureichenden Leistungszulagen um 300 Prozent erhöht.

Dieser, alles in allem recht dürftigen sozialen Bilanz des Parlaments im ersten Jahre seines Bestehens stehen große Erfolge der agrarischen und händlerischen Kapitalisten gegenüber. Sie liegen für beide Gruppen in der Richtung der aufgehobenen Zwangswirtschaft, des freigegebenen Handels. Diese Freiheit bringt eine neue Lenkungsstelle ins Land, in deren Gefolge das wenige, das an sozialistischen Gesetzen vorliegt, in seiner Wirksamkeit rasch entwertet sein wird. Dazu kommen die für den kleinen Staat märchenhaft großen Ausgaben für den Militarismus, die das Präliminar von über 3 Milliarden schon beinahe um 100 Prozent erhöhten.

Die durch die Zunahme aller Ausgaben bewirkte Aufzerrung ihres Existenzproblems wird der Arbeiterklasse in diesem Lande den Blick für die eigenen Notwendigkeiten schärfen und wird die tschechische Sozialdemokratie lehren, daß nur zum Schaden der proletarischen Klasseninteressen die nationale Einheitsfront aller Klassen, an der die Partei so zäh teilhäft, aufrecht bleiben kann. Für die Regierungsgemeinschaft, wie sie zwischen den tschechischen Sozialdemokraten und den bürgerlichen Parteien im tschechoslowakischen Staate besteht, müssen nach den gemachten Erfahrungen die Arbeiter durch soziale Selbstbestimmung die Kosten be-

zahlen, die bürgerlichen Parteien finden für die meisten ihrer Klassenwünsche Erfüllung. Die Bahn für eine sozialere Funktion des Parlaments wird erst frei, wenn die Vertreter der tschechischen Arbeiter sich von einem politischen Bündnis freimachen, das ihnen nichts bringt als Illusionen, das sie oft zwingt, zu eigenem Schaden gegen die deutschen Klassengenossen Stellung zu nehmen.

Die tschechische Sozialdemokratie wieder Regierungspartei.

Drahtbericht unseres Berliner Bureaus.

Die tschechoslowakische Sozialdemokratie hat am Dienstag beschlossen, in die neu zu bildende Regierung einzutreten. Diese plötzliche Veränderung in der bisher bestehenden Aufstellung innerhalb der tschechischen Parteien ist durch die Anwesenheit des tschechischen Gesandten in Berlin, Tuzar, hervorgerufen worden. Als Bedingung für den Eintritt in das Kabinett wurde die Lösung der nationalen Streitfrage durch nationalpolitische Konzeptionen an die Deutschen gefordert. Tuzar hatte bereits während seiner Ministerpräsidentenschaft ein ähnliches Programm aufgestellt, wurde jedoch gestraft, bevor er an die Verwirklichung seiner Pläne denken konnte. Wie weit der tschechischen Sozialdemokratie es gelingen wird, einen Ausgleich zwischen den Nationalitäten zustande zu bringen, bleibt abzuwarten. Bisher haben die tschechischen Sozialdemokraten nicht im geringsten an einer Entspannung der Verhältnisse beigetragen. Die tschechische Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei lehnt nach wie vor den Eintritt in die Regierung ab.

Drahtbericht unseres Berliner Bureaus.

Im Völkerverbundsekretariat sind von der deutschen Regierung neuerdings 20 Verträge zur Veröffentlichung und Registrierung beim Völkerverbund eingereicht worden. Somit steigt die Zahl der von Deutschland insgesamt abgewiesenen Verträge auf 35. Unter den übermittelten Abkommen befinden sich Handelsabträge mit Ungarn, Österreich, der Tschechoslowakei, Bulgarien und China, weiter sämtliche Verträge, die in letzter Zeit mit Frankreich und Polen abgeschlossen worden sind. Auch ein Kohlenabkommen mit der Schweiz befindet sich darunter.

Aus dem Reiche.

Der Reichstanzler und die Deutschnationalen

Heute abend fand auf Ersuchen der deutschnationalen Fraktionen und Partei im Reichstanzlerhaus eine Aussprache über die politische Lage und über die Verordnungen des Reichspräsidenten vom 29. August statt. Die deutschnationalen Abgeordneten verlangten Anwendung der Verordnung gegen alle extremen Richtungen, die den politischen Kampf mit Gewalttätigkeit führen. Insbesondere verlangten sie jeden Schutz gegen gewalttätige Störung und Störung rechtsgerichteter Kundgebungen und Versammlungen. Der Reichstanzler wies auf die außerpolitischen Schädigungen hin, die durch schwindeleiartige Kundgebungen hervorgerufen wurden. Er betonte die absolute Notwendigkeit, auf das schärfste alle Versuche, die Reichsregierung mit Gewalt zu befechtigen zu wollen, abzuwehren, wenn Deutschland nicht durch inneren Bürgerkrieg zugrundegehen sollte. Ebenso sei der Schutz der Republik gegen alle verwerflichen und gewalttätigen Eingriffe eine selbstverständliche Staatsnotwendigkeit. Dabei werde die Verordnung streng und gerecht gegen alle gewalttätigen Elemente, wo immer sie sich zeigen mögen, angewandt werden. Ebenso erklärte der Reichstanzler, es werde mit allen Mitteln gewalttätigen Störungen freier Versammlungen entgegengetreten werden. Im Laufe dieser Rede finden, wie wir hören, weitere Aussprachen mit den übrigen Parteien und Fraktionen statt.

Parteitag der badischen Sozialdemokratie.

Zur dem außerordentlichen badischen Parteitag in Durlach hat die badische Sozialdemokratie die endgültige Aufstellung der Kandidaten zu den am 30. Oktober stattfindenden Landtagswahlen vorgenommen. Der Parteivorstand hatte zur Tagung Adolf Braun erwählt, die pfälzische Sozialdemokratie war durch Gerlich, die heßliche durch Wittmann-Offenbach vertreten. 216 Delegierte waren anwesend. Die Liste des Bezirksverbandes und Parteiabschlusses wurde mit großer Mehrheit angenommen. Eine Anzahl alter Abgeordneter wie Gell, Stöckinger und Weber lehnten aus. Stöckel sprach über die Bedeutung der Landtagswahl und die Genossen Bloß nahm zu den Frauenfragen Stellung. Die Partei hofft im Hinblick auf die derzeitige Situation bei der Wahl auf einen günstigen Ausgang. Minister Kemmerle leitete die Arbeit der Regierung, deren Stellungnahme in der Erbschaftsteuer nach eingehender Begründung durch Schöppin gebilligt wurde. Genosse Beck sprach über die Bedeutung des Vortrags für einen Block der republikanischen Parteien aus und verurteilte, daß andere Parteigenossen in Württemberg und Preußen ihre Kandidaturen preisgegeben haben. Der nächste oberländische Parteitag findet im nächsten Jahre statt.

Der Bräutigam.

Geschichte eines häßlichen Mädchens.
Von Hermann Seidelbach.

(Schluß.) (Rachdruck verboten.)
„Bereitung, Bräutigam! — Ich habe nämlich jemand. Sie haben eine Kose — ich weiß nicht — ich will jemand treffen.“
Sie stammelte leise: „Ach ja, Sie sind — ich bin es — ich habe gewartet.“
„Ach ja — Sie sind es — habe vorhin schon gedacht — ich war nicht ganz sicher!“
Er reicht ihr die heiße Hand. Dann sieht er vor ihr, unerschrocken, mit dünnem Bild. Sucht irgend ein Wort, das er nicht zu finden vermag. In seinem Gesicht steht unerschrocken grenzenlose Enttäuschung.
Er beginnt sich aus seinem Mantel zu ziehen, blüht jedoch nicht mehr.
„Wo hängt man sich denn hier auf?“
Unschlüssig bringt er Mantel und Schirm in Bewegung. Dann steht er vor ihr gegenüber.
„Ja, der Zug habe nämlich ein wenig Berührung gehabt. Das Café habe er gleich gefunden. Es sei übrigens ein schönes Café. Es würden wohl hier aufstehend nur bessere Leute verkehren.“
„Ein Kellner verneigt sich.“
„Was wünscht der Herr?“
„Ja — auch einen Kaffee, den ich.“
„Kaffee?“
„Wie meinen Sie?“
„Kaffeebrot oder Gebäck?“
„Ach ja — Gebäck — oder nein! Bringen Sie Kaffeebrot.“
Dann sieht er wieder nach rechts, unruhig, nervös.
„Ja, es sei alles fertig, es sei alles gemacht im Wagen. Er kann den Zug nicht verlassen. Hoffentlich habe er sich nicht verfahren. Wenn er nicht bestimmt irgendwo ist, würde er sonst gar nicht kommen.“
„Ja, der Kaffee habe er alle erhalten. Er habe sich gleich gesetzt. Aber sie seien ihm ein wenig ungeschicklich vorgekommen.“

„Ja, er habe noch immer sehr viele Arbeit mit den neuen Gebäckern und Zügen. Die anderen hätten den Genuß und er nur Mühe und Kummer davon.“
Dann steht das Gespräch eine Weile. Sie sitzen gequält. Er betrachtet mit Blicken, die er nicht erwidern kann, die armen Leute.
Er verbirgt kaum eine Enttäuschung. Er ist schüchtern, beschränkt mit dem Gedanken, wie er am liebsten aus dem ganzen Abenteuer sich löse und nach das Weite gewinne.
In Beata ist alles erschoben. Sie war so reich, als sie kam, sie war so gläubig erfüllt, sie wollte so vieles sagen und geben. Und jetzt, ach! Kammerlitz sie nur gewöhnliche, hilflos, müde. Ihre Augen sind traurig, elend.
Sie schüttelt die Hände der Mädchen und ihrer Begleiter auf sich, — die Hände der ganzen Welt. O grenzenloses, o namenloses Gefühl vor Scham. Sie ist verworfen! O Wonne sie sich verbergen, o Wonne sie verhehlen!
Die Kose sei jetzt schon. Sie habe sie wohl von ihrem Herrn Schwager erhalten.
„Ach nein, sie habe sie selbst gekauft.“
„O, das sei doch nicht nötig gewesen. So eine Kose sei doch wohl schändlich teuer zu dieser Zeit. Was so eine Kose wohl koste?“
„Ja, sie habe fünf Mark gelohnt.“
„O, das sei ja schreckliche Verschwendung.“
„Ach, sie habe gedacht — sie habe es nicht gewagt, daß eine Kose so teuer sei.“
Aber dann hätte sie doch auch so aus dem Laden fortgehen können, ohne zu kaufen. — Er gehe immer wieder ganz ruhig fort, wenn ihm etwas zu teuer sei.
„Ach ja, das hätte sie wirklich tun können.“
Man müsse überhaupt nichts nehmen, was einem nicht ganz entspreche. — Man könne sich etwas ansehen, und sich dann ruhig wieder zurückziehen. Warum braun auch nicht? Man dürfe nicht aus Gutmütigkeit eine Dummheit begehen. Das sei einer von seinen Grundsätzen.
Wieder Schweigen. Plötzlich zieht er die Uhr aus der Tasche in Erregung.
„Wenn er sich eine Wanne er noch den letzten Zug erreichen. Den Schwager. Er gebe ihm einen. Jetzt ist es verheißend.“
„Ja, es sei nämlich plötzlich etwas demütigen gekommen. Etwas sehr Wichtiges. Er habe vergessen, es gleich zu sagen. Er könne nicht bleiben. Es läte ihm sehr leid. Aber es sei ja auch höchstes Wetter und aus dem Auszug morgen nicht“

Die Schulfsteuer.

Als die Berliner Stadtverordnetenversammlung die Aufhebung des Schulgeldes nach dem Einkommen der Eltern und der Zahl ihrer Kinder beschloß, erludte sie gleichzeitig den Magistrat, bei der Regierung die Einführung einer Schulfsteuer zu beantragen. Der Berliner kommunale Schulpolitiker Genosse Erich Witte fordert nun in dem vom Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung herausgegebenen „Zentralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung Preußens“ (Nr. 15, August 1921), daß von einer solchen Schulfsteuer die Kosten für alle Schulen ganz oder zum größten Teil zu bestreiten seien. So daß auch der Unterricht an den höheren Schulen unentgeltlich wäre. Er meint, eine Schulfsteuer wäre besser als die Staffelung des Schulgeldes, da sie nicht an bestimmte Grenzen gebunden sei. Wenn man das Schulgeld für die reichen Leute zu sehr erhöhen würde, — dann wäre zu befürchten, daß sie ihre Kinder aus der öffentlichen Schule herausnehmen und in einem Privatstift unterrichten. Die Schulfsteuer soll aber hauptsächlich denen auferlegt werden, die selbst keine Kinder haben. Genosse Witte schreibt: „Eine gewaltige soziale Gerechtigkeit würde darin liegen, daß der eine die Kosten für die Wohnung, die Kleidung und die Nahrung der Kinder aufbringen, die anderen aber die immer noch bei weitem geringeren Kosten für ihre Erziehung und ihren Unterricht in öffentlichen Schulen.“ Dann erst wären aus dem Artikel 146, Absatz 2 der Reichsverfassung, wonach die Wahl einer bestimmten Schule unabhängig von der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Stellung der Eltern sein soll, die richtigen Folgerungen gezogen.

Die Neuordnung des höheren Mädchenschulwesens.

Von zuständigen Stelle erfahren die B.P.R.:

Am 29. und 30. August sind insgesamt etwa 30 Männer und Frauen im Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung zusammengetreten, um über die Neuordnung des höheren Mädchenschulwesens zu beraten. Der Minister eröffnete die Tagung persönlich, im übrigen führte Ministerialdirektor Dr. Jahnke den Vorsitz. Die Teilnehmer waren ohne Ausnahme nicht als Vertreter bestimmter Organisationen, sondern persönlich als praktisch erprobte Sachverständige geladen worden; bei der Auswahl aber war auf die verschiedenen schulpolitischen und pädagogischen Richtungen, sowie auf die verschiedenen Schulformen Rücksicht genommen worden. Die Berichte zu „Lyzeum und Frauenschule“ erstatteten Geheimrat Studienrat Oberstudienrat Dr. Gruber, aus Berlin und Studienrätin Dr. Großmann aus Cottbus, zu II „Lyzeum und weiterführende wissenschaftliche Bildungsinstitutionen“ Oberstudienrat Dr. Wölke aus Jagen, Oberstudienrat Dr. Lenkhan aus Berlin und Studienrätin Dr. Wurm aus Hannover, zu III „Die deutsche Oberschule“, Oberin von Tilling aus Erfelfeld und Studienrätin Dr. Cauer aus Berlin, zu IV „Gemeinsamer Unterricht für Knaben und Mädchen“, Beigeordnete Dr. Anna Siemlen aus Düsseldorf und Studienrätin Dr. Wronke aus Allenstein, III, b. V.

Trotz der Verschiedenheit der Standpunkte ergab sich doch während der Aussprache eine starke Annäherung der Meinungen. Für eine unveränderte Beibehaltung des Lyzeums in der bisherigen Form trat niemand ein. Im übrigen schied sich zwei Richtungen: die eine, die das Lyzeum zu einer Realschule umgestalten, die andere, die das Lyzeum den entsprechenden Klassen der deutschen Oberschule gleichsetzen will. Einstimmig erklärte man sich für einen ständigen Bezug in den wissenschaftlichen Fächern. Mindestens erziehen die Mädchen der Unterstufe der Frauenschule als 7. Lyzeumsjahr für alle die Mädchen, die keine andere weiterführende Anstalt besuchen.

Das Schicksal des Oberlyzeums wird bestimmt durch die künftige Gestaltung des Lyzeums, je nach dem diese die Form einer Realschule oder die der Mittelschule der deutschen Oberschule erhält. Ein Einschnitt nach dem 10. Schuljahr ist um der Menge der Mädchen willen, die sich praktischen Berufen zuwenden, unerlässlich. Der Besuch des 10. oder 11. Schuljahres Lyzeums mit Oberstufe muß zur Unversitätsreife führen. Daneben sollen die schulpolitischen Studienanstalten realschulischen und gymnasialen Charakters weiter bestehen. Einig war man auch in dem Wunsch, daß eine Entscheidung über die Reform des Oberlyzeums möglichst beschleunigt werde; sonst würden in der Übergangszeit eine Reihe von Mängeln der weiblichen Bildung verloren gehen. Aus den Verhandlungen über die deutsche Oberschule ist hervorzuheben, daß eine besondere Ausprägung des Lehrplans allein für Mädchen abgelehnt wurde. Starke Stimmung herrschte für Einführung des Latinus in die neue Schule, sofern das Reifezeugnis die Berechtigung zum Universitätsstudium verleiht sein soll.

Der gemeinsame Unterricht für Knaben und Mädchen empfing entsprechend den Vorzügen der Reifezeugnisse seine Beleuchtung nicht nach seiner grundsätzlichen Bedeutung, sondern wurde im Wesentlichen als eine Maßnahme der Zweckmäßigkeit betrachtet, zu der die wirtschaftliche Not zwingt. Die Redner erörterten eingehend die Frage, welche Vorkehrungen zu treffen seien, damit die Mädchen in den Knabenschulen, was Unterricht und Erziehung anlangt, zu ihrem Recht kommen. Die Frauen erklärten nachdrücklich, daß, wie in allen, so vornehmlich in den gewählten Schulen die Reifezeugnisse unentbehrlich sei. Einbringlich wurde von verschiedenen Seiten betont, daß die Durchsicht der besonderen pädagogischen Probleme, die eine gemischte Schule

wohl doch nichts geworden. — Ja, er könne wirklich nicht bleiben.
Beata wagt keine Antwort und keine Bitte. Alles ist tot. Alles vorbei. Sie ist stumm wie ein Lamm, das zur Schlachtdank geschickt wird.
Er zahlt sehr eilig. Der Kellner hilft ihm in einen Mantel. Er nimmt Schirm und Hut in die Linke. Er rückt ihr flüchtig die Hand.
„Es sei sehr schade. Es tue ihm wirklich sehr leid. Er danke ihr übrigens vielmals. — Vielleicht würde sie wieder mal schreiben. Er müsse sich eilen. Hoffentlich läme er nicht zu spät. Auf Wiedersehen!“
„Auf Wiedersehen!“, sagte sie mechanisch und tonlos. Die Kose, an ihrer Brust verweilt, ist blutige Wunde über durchbohrendem Herzen.
„Sie weiß nicht, wie sie dann zahlt, sie weiß nicht, wie sie die Straße erreicht. Hat sie jemand gegrüßt? — Hat ihr jemand zugesehen?“
„Einen Augenblick sieht sie erstarrt vor dem Eingang, ohne Bestimmung, ohne Gedanken.“
„Was ist das alles? — Menschen. Hinauf und hinab. — Ein Wagen raselt. Blüchsig erwaht sie. Sie sieht das Licht, grellen Schein einer Lampe. Alles fällt nur in ihr Gesicht. Alles Licht auf Erden beleuchtet nur sie, entkühlt ihre Schmach.“
„Sie eilt wie geblöht und ohne Bestimmung. In die Stichbahnstraße und weiter, weiter!“
„Sie hört mit jemand zusammen. Sie merkt es nicht. Nur fast!“
„Lichter und Menschen. Alle deuten auf sie. Alle harren sie an und lachen.“
„Du bist verworfen!“
„Die Schopenhauerstraße begrinst sie grell. Von allen Seiten höhet es ihr zu.“
„Du bist verworfen! Du bist verworfen!“
Die Straßen schwanken, das Plätscher wogt, die Häuser verschlingen sie, greusiger Abgrund.
„O, ich verbeuge! — Verfluchen! — Irrenschwebel! — Verworfen! — Alles ist aus.“
„Plötzlich kehrt sie am Ufer. — — —“
„Jesus! Barmherzigkeit!“
Hier endigt die Geschichte der armen Beata.

bedürftigen muß, unbedingt notwendig sei, auch wenn man in ihr nicht das Ideal sähe. Wenn auch greifbare Ergebnisse aus der Beratung nicht erwachsen, so kamen doch viele für die Unterzeichner wertvolle Anregungen zu Tage. Fräulein Helene Gange dankte dafür, daß den Kennern des Mädchenschulwesens Gelegenheit geboten worden war, ihre Wünsche zu äußern.

Genosse Reichhaus gestorben.

Der Reichstagsabgeordnete Genosse Paul Reichhaus ist am Montag in Schwarzburg-Thüringen, wo er zur Erholung weilte, an einem Gehirnschlag verstorben. Reichhaus ist einer der bekanntesten Parteigenossen in Thüringen, gehörte bereits seit 1874 der Partei an und hat Manches aus dem Sozialistengebiet erduldet. Damals wurde er aus Berlin ausgewiesen und machte sich dann in Erfurt anständig. Als eifriger Vorkämpfer der Genossenschafts- und Gewerkschaftsidee, wurde er Mitbegründer des Deutschen Schneider- und Schneiderinnen-Verbandes und war in der Gewerkschaftsbewegung mehrere Jahre als Vertrauensmann und Geschäftsführer tätig. Dem Reichstagsgehörte er von 1893 bis 1900 und dann wieder von 1912 ab für den Wahlkreis Sonneberg-Saalfeld an. In den Revolutionstagen hat er sich in Thüringen als Vorherrscher des Arbeiter- und Soldatenrats große Verdienste erworben. Reichhaus stand in der Partei immer auf dem linken Flügel, hielt aber trotzdem bei der Partispaltung der alten Partei die Treue. Seine aufopferungsvolle Tätigkeit wird den Thüringer Genossen und den Genossen des Reiches in steter Erinnerung bleiben.

Dem Wahlsieger von 1921 entsprechend, wird die Genossin Wilhelmine Elger-Altenburg, die Nachfolgerin des Genossen Reichhaus im Reichstage werden.

Streits in Magdeburg.

Drahtbericht unseres Berliner Bureaus.

Außer den Transportarbeitern in Magdeburg haben jetzt auch die Metall-, Textil- und Bekleidungsarbeiter wegen Differenzen die Arbeit eingestellt. Mit fast achtfacher Mehrheit wurde in den Betrieben ein Schlichtungsamt des Schlichtungsausschusses Magdeburg, der nur eine sehr geringe Aufhebung der Löhne aussetzte, abgelehnt. Von Mittwoch 9 Uhr ruht die Arbeit. Die Holzarbeiter, Gemeinde- und Staatsarbeiter und die Brauerei- und Mühlenarbeiter haben sich geeinigt. Ebenfalls werden die Geschäftler der Arbeit eingestellt. 33 Prozent erhöht, so daß auch dort eine Beilegung des Konflikts zu erwarten ist.

Beizig verpflichtet!

Die „Königliche Zeitung“ für Erfassung der Goldwerte.

Die „Königliche Zeitung“, das führende rheinische Blatt, das dem industriellen Flügel der Deutschen Volkspartei nahesteht, beschäftigt sich in einem bemerkenswerten Artikel mit der Stellungnahme der Deutschen Volkspartei zu den Steuererlagen. Das Blatt erklärt:

„Die Tat muß folgen. Die Partei des Beizigs muß anerkennen, daß der Beizig verpflichtet, sie muß in Gegenüberstellungen zu dem kirchlichen Steuerprogramm, das sie wegen seiner Ordnungsmäßigkeit vertritt, auf Klarheit den Beweis erbringen, daß der Beizig bereit ist, zu opfern und zu fleuern bis zu einer Grenze, die lediglich von der Notwendigkeit gezogen wird, die nationale Produktion bis zum höchstmöglichen Maße zu steigern. Es ist nicht zu bestreiten, daß auch bei der uns allen obliegenden Steuerpflicht gewisse Vorurteile und Irrtümlichkeiten ein Widerstand leisten, der schon aus Gründen der öffentlichen Moral beseitigt werden muß, daß Lohn- und Gehaltsempfänger mit Recht darauf hinweisen, wie ihre Steuerpflicht einer unentzerrbaren Kontrolle unterliegt, die bei den produzierenden Ständen und den freien Berufen fehlt, daß zwischen dem verhältnismäßigen Aufwand weiterer Kreise und der kümmerlichen Lebenshaltung anderer, besonders des verarmten Mittelstandes, ein Gegensatz sich aufgetan hat, der unerträglich ist. Die Spekulations- und Spielwut, die im Volke eingezogen ist, macht uns zum Gespött des Auslandes, und trotz der reichlich im Lande umherschwebenden Geldmittel fordert die Regierung vergeblich zur Ablieferung von Auslandsschulden so dringend benötigt. Wir sind durch den Krieg arm geworden und werden unsere Schulden nicht bezahlen können, ohne unser Nationalvermögen dazu in Anspruch zu nehmen; wieviel das durch Erhaltung des Gemeinns aus den Gold- und Sachwerten, die die Sozialdemokratie fordert, möglich ist, ohne diese Werte dem Zugriff des Auslandes preiszugeben, wird erst in dem Augenblick klar sein, wenn alle Schichten des Volkes nach dem Verhältnis ihrer Kraft an der Last, die auf uns liegt, in gleichem Maße zu tragen haben, ist selbstverständlich; zu warnen aber wäre vor einem Verfall, das etwa den Verzicht der Arbeiterklasse auf verfassungsmäßige Zugewinne wie den Achtstundentag in die Rechnung einlegen möchte.“

Diese Stellungnahme weicht erheblich von der ab, die bisher die Großindustrie und deren Vorkämpfer im Reichstage eingenommen haben. Noch kürzlich hat der volksparteiliche Führer in Steuerfragen, der frühere heftige Finanzminister Dr. Becker, in einer Frankfurter Versammlung scharfe Ablehnung der Erfassung der Goldwerte geäußert. Demgegenüber ist der Standpunkt der „Königlichen Zeitung“, die Forderung nach Erfassung der Goldwerte ernstlich zu prüfen, so schreibt die „Freiheit“ mit Recht, schon ein Fortschritt, der Beachtung verdient. Trotzdem darf nicht verkannt werden, daß die Stellungnahme dieses Blattes durchaus noch nicht identisch ist mit der Stellungnahme der Partei. Deren Absicht aber scheint vor allen Dingen von der Forderung diktiert zu sein, durch eine grundsätzliche Ablehnung der Forderung nach Erfassung der Goldwerte unter Umständen den entgegengegangenen Zweck zu erreichen. Während der Führer der Deutschen Volkspartei Dr. Stresemann, vor einiger Zeit noch jede Belastung des Beizigs ablehnte und Aufbringung der Mittel durch Verbrauchssteuer verlangte, hat er vor einigen Tagen in Magdeburg erklärt:

„Eine absichtliche Verweigerung der Mitarbeit in diesen Fragen würde nur dazu führen, die in der heutigen Regierung verteilten bürgerlichen Parteien in eine hilflose Abhängigkeit vom Autokratismus zu treiben. Die Deutsche Volkspartei werde daher unbeschadet ihrer Oppositionsstellung bei der Lösung dieser Frage positiv mitarbeiten.“

Der Zweck der Mitarbeit also ist der Wunsch nach Stärkung des Einflusses der bürgerlichen Kreise in der gegenwärtigen Regierung, d. h. also die Stärkung jener Elemente, die sich einer wirksamen Beschneuerung ablehnend verhalten, nicht aber die Bereitschaft zur Leistung dessen, wozu der Beizig imstande und bei der Notlage des Reiches verpflichtet ist.

Der heilige Helfferich.

Ein neuer Heiliger! Auf dem Deutschnationalen Parteitag gelobte dessen Vorsitzender, Herr Herbig, daß alle Deutschnationalen in allen Gefahren hinter Helfferich als ihrem Bannerträger stehen und schlöß: „Wohle dem, der Helfferichs geheiligte Persönlichkeit zu nahe treten soll.“ Wo Herbig erteilt Helfferich die Heiligsprechung. Aber abgesehen davon, daß Herr Herbig dazu der Beruf fehlt, hat es auch sonst seine Schwächen. Helfferich wird man man nur werden, wenn man ihn lange tot ist. Helfferich aber, so stellt die „Kfz.“ mit Recht fest, lebt, ist auch nicht heilig, und könnte daher, was immer auch sonst die Ehre empfiehlt, nicht einmal heiligensprechend genannt werden.

Ostgalizien.

In den „Soz. Monatsheften“ schreibt Genosse Dr. Ernst Hamburger den Stand der ostgalizischen Frage. Er schreibt:

Unberechtigt und historisch betrachtet, ohne Anblick auf dauerhafte Erfüllung sind die Ansprüche, die Polen auf Ostgalizien erheben. Hier stehen nach der Statistik wenig mehr als 2 Millionen Polen etwas über 3 Millionen Ukrainern gegenüber; dabei sind bei den Polen noch 600 000 Juden mitgerechnet, durch deren Einrechnung die Polen, denen die Nationalitätenpolitik des Habsburgerreiches freie Hand zur Verwaltungsmächten und kulturellen Unterdrückung des Ukrainertums ließ, nach außen hin den Eindruck größerer zahlenmäßiger Stärke zu erwecken bemüht waren. Ostgalizien hat keinen vorwiegend ukrainischen Charakter in allen den Jahrhunderten polnischer Herrschaft nicht verloren. Das polnische Element tritt hier auch in den Städten gegenüber dem ukrainischen und jüdischen vor, während auf dem Land wiederum der Großgrundbesitz in polnischen Händen, das Kleinbauernertum und die Arbeiterschaft rein ukrainisch ist.

Beim Zusammenbruch Oesterreich-Ungarns hat sich Ostgalizien als westukrainische Volkrepublik konstituiert und wenige Monate darauf mit der ukrainischen Volkrepublik auf bundesstaatlicher Grundlage vereinigt. Polens Bemühungen, sich das Land, das es auf Grund seiner früheren Zugehörigkeit zum polnischen Staat beansprucht, mit Gewalt einzunehmen, führten nach wiederholten wechselläufigen Kämpfen und erfolglosen Verhandlungen zur Besetzung Ostgaliziens durch die polnische Armee. Die durch die Besetzung geschaffene Lage erkannte der Oberste Rat zunächst an, indem er am 25. Juni 1919 beschloß, das Land vorläufig unter polnischer Verwaltung zu lassen, ihm jedoch auf Grund eines zwischen den Entente-Mächten und Polen zu schließenden Vertrages für diese Zeit Autonomie und später die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts über sein weiteres Schicksal zu garantieren. Ein solcher Vertrag wurde vom Obersten Rat der polnischen Regierung im November 1920 porporiert, jedoch von dieser nicht unterzeichnet, da sie nordehelferische und dauernde Annexion Ostgaliziens verlangte. Selbst das weitgehende Entgegenkommen des Obersten Rates, der bereit war, in dem Vertrag Polen eine 25-jährige Verwaltung des Landes zuzugestehen und dann, unter Umgehung des Selbstbestimmungsrechts der Völker, den Völkern über das weitere Schicksal des Landes entscheiden zu lassen, vermochte Polen von seinem Standpunkt nicht abzurufen. Infolgedessen befindet sich Ostgalizien heute nach wie vor unter militärischer Okkupation Polens. Der Oberste Rat hat sich weder bemüht, das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung zu wahren, noch eine Entschädigung herbeizuführen. Lord Robert Cecil mußte das in Beantwortung einer Anfrage Lord Robert Cecil über die ostgalizische Frage angeben; ebenso bezeichnete er es als zureichend, daß Polen die Gelegenheit in Ostgalizien seine Macht auszuüben benutze, um dort polnische Kolonien zu bilden und so die Polonisierung des Landes zu betreiben; ein Verstoß, dem freilich unter keinen Umständen ein Erfolg beschieden sein wird.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Sozialdemokratischer Verein.

Der nächste Vortrag unseres Bildungsbüros findet Freitag, den 8. September cr., abends 7 Uhr im Zimmer 7/8 des Gewerkschaftshauses, statt und wird Genosse Peikert über die Sozialgesetzgebung sprechen.

Ferner werden alle Ortsgruppenführer ersucht, die Ergebnisse der Herbstwoche umgehend dem Sekretariat mitzuteilen.

Der Vorstand.

Republikanische Amtsrichter?

Anlässlich der Ermordung des Reichsministers a. D. Erzberger äußerte sich der Amtsrichter Röhm aus Neumarkt in folgender Weise:

„Es ist gut, daß der Lump umgebracht ist. Es hätte nur schon viel früher geschehen müssen.“
Hieraus ist zu ersehen, wie ein Teil unserer Richter denkt. Nun braucht man sich infolgedessen auch nicht wundern, wenn Märker nicht bestraft werden.

Ottow. Wald- und Wiesbrand. Gestern brach zwischen Ottow und Treßen ein großer Wald- und Wiesbrand aus, der vermutlich durch die Unvorsichtigkeit eines Spaziergängers entstanden war. Zufällig kam die erste Klasse der Schule Nr. 47 von einem Ausflug über Treßen nach Ottow an der Brandstelle vorbei. Sofort begannen die Schüler unter der Leitung des Herrn Heidrichs die Löscharbeiten. Nach halbstündiger anstrengender Arbeit gelang es den Schülern, des Feuers Herr zu werden.

Aus der Provinz Schlesien.

Patriotische Junter.

Ein Leser schreibt uns:
Zu Ihrem Artikel in Nr. 206 der Volkswacht „Patriotische Junter“ erlaube ich mir zu bemerken, daß nicht nur die Gutsverwaltung in Gotschütz eine größere Anzahl Polen beschäftigt, sondern, daß wohl auf den meisten großen Gütern noch viele Polen arbeiten.

In Althofdörf, Kreis Breslau, Böhmer Schottländer, sind über 20 Polen tätig, in Heintzschau sollen sich über 100 befinden. Bezüglich der Abweisung der polnischen Arbeiter scheint dazu mit zweierlei Maß gemessen zu werden; während kleine Besitzler, die einen einzelnen Polen beschäftigen, bei Androhung von 100 Mark Strafe gezwungen werden, den Polen nach kurzer Frist zu entlassen, was oft für beide Teile eine Härte bedeutet, wenn es sich um gut eingerichtete, zweckmäßige Leute handelt, läßt man die große Zahl Polen beim Großgrundbesitz unbeschäftigt. Wenn ein Gesetz besteht, wonach die polnischen Arbeiter deutschen Arbeiter gleich zu machen haben, was wohl zu verstehen ist, so darf das Gesetz aber keinesfalls einseitig angewendet werden, indem man, wie gewöhnlich vor den Großgrundbesitzern, bei denen die Massen der Polen untergebracht sind, halt macht.

Die Arbeitgeber der steinigen Steinindustrie

haben ab 3. September sämtliche Arbeiter wegen Lohndifferenzen ausgesperrt, wodurch rund 3500 Steinarbeiter betroffen sind. Gleichzeitig stehen circa 1200 Steinarbeiter im Granitbezirk Wurz-Grimma in Streik.

Statt den Arbeitern eine den Verhältnissen entsprechende Lohnerhöhung zu gewähren, versucht man sie durch Hungerrung zu machen.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß arbeitgeberseitig versucht wird, aus der schlesischen Steinindustriebezirkten Streikbrecher anzuwerben. Gebt solchen Agenten die nötige Abweisung und an die Gauerleitung sofort Meldung. In meiden sind Kruppens die Betriebe, demn. Ramens in Sachse, Wausen, Hählich, Kündlich und Umgebung, ebenso Wurz, Grimma und Umgebung.

Zentralverband der Steinarbeiter, Gau II, Pignitz, Gutenbergsstraße 15.

Bedenkliche Zustände.

Von einem alten, oberhessischen Lehrer wird uns geschrieben: Die zunehmende Verrohung der Schulkinder, und der damit in Verbindung stehende Ungehorsam und die Freiheit der Schüler ihren Lehrern gegenüber nimmt Formen an, die ein erschreckliches Erziehungsweck in der oberhessischen Schule in kurzer Zeit in Frage stellen wird.

Wohl gibt es hier noch viele Eltern, die der Schule wahllos folgen, und denen viel daran gelegen ist, daß ihre Kinder zu geistigen Menschen erzogen werden. Aber wie ergeht es den unvorurteilbaren Vätern dieser Eltern unter einer Horde von Spitzbuben, Lügnern und Bummelern? In vielen Familien hört das Kind nur Schreien gegen die Schule und ihre Lehrer. Hier werden Haß und Abneigung gegen die Schule und Lehrer ins empfindliche Kinderherz gepflanzt, und diese Saat wächst in der Schule weiter und zeigt hier auch ihre Früchte. Der Lehrer kann es sich zu hoher Ehre anrechnen, wenn diese Kinder über Haupt in die Schule kommen, da sie oft, vielfach mit Wissen der Eltern, anderweitig beschäftigt sind, indem sie auf den Straßen Bettelwaisen, Diebstähle ausführen, oder bei Fest- und Gartendiebstählen beteiligt sind, oder sie sitzen in irgend einem Versteck und spielen Karten um das Geld, das aus den Diebstählen erzielt wird.

Begleitet diese Kinder einmal die Schule durch ihre Unwesenheit, dann treiben sie zum Verger des Lehrers alles andere, nur dem Unterricht folgen sie nicht. Aber wehe dem Lehrer, der diese Kinder zur Aufmerksamkeit auffordert! Mit zorniger Frechheit schreit der Schüler: „Das werde ich dem Vater sagen, und da werden Sie sehen, was passieren wird!“ Die im Amt ergrauten Lehrer erfährt ein Grauen vor dieser Jugend, da vorauszuweisen ist, was in zwei bis drei Jahren aus ihr werden wird. Es ist schon öfters vorgekommen, daß Väter mit Knütteln in die Schule eingebrungen sind und auf Lehrer und Lehrerin eingeschlagen haben. Vielfach auch aus Furcht vor der Rüge wurden diese Vorfälle der Staatsanwaltschaft zur weiteren Verfolgung gar nicht angezeigt. Vergangene Woche traf die Lehrer M. einen unfolgsamen Schüler. Sofort erhielt er einen Drohbrief folgenden Inhalts: „Ich würde Ihnen den Zettel, damit Sie ihn lesen, und wenn Sie sich noch einmal unterziehen, und meinen Vater schlagen, so wird Ihnen das schlecht begeben!“

Kaum hatte der Lehrer M. den Zettel in der Hand, da erschien in der Schule, mit einem Knüttel bewaffnet, ein etwa 18 bis 19-jähriger Mensch, und schandallerte daselbst, als hätte er als „Schulkommandant“ nur allein das Wort. Da beauftragt wurde, daß er handgreiflich wird, mußte die Gemeinde-Wache um Hilfe angezogen werden. Als diese auch sofort erschien, war Material aber schon verduftet.

Warum läßt sich aber die Lehrerschaft solche Rohheitsdelikte gefallen? Die Gemeinde und die Interalliierte Kommission haben doch die Pflicht, sie vor derartigen Rohheitsdelikten zu schützen.

Konzerte — Theater — Vergnügungen.

Mitteilungen der Direktionen:

Stadtheater. Heute abend 7 1/2 Uhr „Rigoletto“ mit den Damen Dörwald, Volkner, Meß, Marquardt und den Herren Wendroth, Högberg, Kuhl, Koth, Wilmshin, Wittkopf. Müllersche Zeitung Dr. Fritz Müller-Vrem, Spielleitung Dr. Lohrer. Wallenstein. Morgen, Donnerstag, abends 7 Uhr, „Lohengrin“.

Bereinigtes Theater. Am Mittwoch wird im Lobe-theater „Kriemhilds Rache“ mit Maria Fein als Kriemhild und in der übrigen Besetzung wiederholt. Regie: Direktor Paul Barnay. Der Donnerstag bringt die Uraufführung von Wahrs Wiener Komödie „Der Star“ mit Maria Fein in der Titelrolle und in der Inszenierung von Wilhelm Richtenberg. Mitwirkende: die Damen Berling, Kaiser, Kautz, Meier, Meiß, Stoff; die Herren: Arnfeld, Barg, Benck-Rucker, Biberl, Kalkenkauf, Feiden, Höder, Richtenberg, Renfer, Schliebener, Weil, Ziffel.

Im Thalia-Theater wird täglich die Feste „Sammelstudien“ in der bekannten Inszenierung und Besetzung wiederholt.

Kunstmuseum im Lobe-theater. Die Ausgabe der Abonnementsbillets für die Mitglieder der Kunstmuseum im Lobe-theater hat begonnen und findet weiterhin täglich vormittags von 10—2 Uhr statt. Am Sonnabend, den 10. September, beginnt die Serie A mit der ersten Vorstellung: „Gehört der Siegried“ und „Siegfrieds Tod“. Hierauf folgt am Montag, den 12. September, Serie B: 1. Vorstellung mit der gleichen Aufführung. Es empfiehlt sich, die Abonnementsbillets baldmöglichst in Empfang zu nehmen, da die Vorstellungen für die anderen Serien ebenfalls bald in den Spielplan aufgenommen werden. Die Veröffentlichungen des Abonnementsstages mit genauer Angabe der Serie und Vorstellung geschieht stets unter dem Titel „Kunstmuseum im Lobe-theater“ im Anzeigenteil sämtlicher Zeitungen, was auch auf dem Wochenplan an den Plakatsäulen. Gleichzeitig sei erwähnt, daß für sämtliche Abonnementsvorstellungen noch genügend gute Plätze im freien Verkauf an der Theaterkasse zu haben sind.

Konzerthaus Wappenhof. Anlässlich der vor fünf Jahren erfolgten Gründung des Breslauer Tonkünstler-Orchesters findet am heutigen Mittwoch ein Benefiz des Herrn Kapellmeisters Bela Neumanovics, verbunden mit Festkonzert und Ball, statt.

Eingefandt.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir diejenigen Aufsätze aus unserem Beizers, für die wir nur die prägnanteste Verantwortung übernehmen. Die Redaktion.

Ist das Kommunismus?

Kein Mann ist Kommunismus. Er haßt die Sozialdemokratie und duldet die „Volkswacht“ nicht in unserer Region. Dafür liebt er die „Arbeiterzeitung“. Auf der Bahn verdient er wöchentlich 225 Mark. Für drei Personen zahlt er wöchentlich 60 Mark Kostgeld. Das andere vertrinkt und verpielt er in der Kneipe. Witz und das Kind behandelt er brutal. Darf ein Kommunismus so handeln? Eine Sozialistin.

Die Valuta.

Es wurden bezahlt für 100 deutsche Reichsmark:

	6. 9.	5. 9.	6. 9.	5. 9.	
Amerikan. Dollar	1,07	1,10	Schweiz. Franken	6,27	6,48
Englische Schilling	5,74	5,92	Österr. Kronen	1043,54	982,31
Französl. Franken	14,09	14,35	Polnische Mark.		2,40
Holländ. Gulden	3,39	3,43	Ischweiz. Kronen	89,00	91,00

Wasserstand

am 7. September 1921.

Kaifer	0,80	Waffe (Unter-Regel)	1,21
Kraupp	2,09	Wasser (Ober-Regel)	4,28
Kohl	0,81	Wasser (Unter-Regel)	— 2,40
Brieg (Wasserbau)	1,24	Frieden	0,56
Kottwitz	1,19	Repeinich	— 0,26
Kette (Ober-Regel)	3,50		

Bereinstalender.

Deutscher Holzarbeiter-Verband (Verwaltungssitz Breslau), Donnerstag, den 8. September, abends um 8 1/2 Uhr, im Zimmer 7/8 des Gewerkschaftshauses, Bestraunungs-Konferenz mit allen Tischlerbetriebe (Küppersche Holz-Fabrik).
Spezialtreff. Donnerstag, den 8. September, abends 8 Uhr, im Restaurant Volkswacht, Wallstraße, wichtige Konferenz.

Breslauer Herbstmesse

vom 4.-8. September 1500 Aussteller

Die Messe verschafft Ihnen mit den geringsten Kosten den schnellsten Überblick über die Lage des Marktes, und die Gestaltung der Preise.

Jeder Gewerbetreibende, Handwerker, Gastwirt, Kaufmann, Industrielle fährt zur Breslauer Messe

Messe-Ausweis zum beliebig häufigen Besuch aller Messehäuser giltig an allen Tagen 15 Mark.

Verkaufsstellen: Barasch, Verkehrs-Verein, Nordd. Lloyd, Packetfahrt, Wohnungs-Nachweis durch den Verkehrs-Verein, Am Hauptbahnhof

Breslauer Messe-Gesellschaft

Ohlauerstr. 87 - Fernspr. Ring 2738 u. 8202 - Telegr. Adr. Messe Breslau

Papier
Bürobedarf
Verpackungsmittel
Rochstoffe, Drogen,
Haarpflege, Chir.
Gummiwaren,
Lebensmittelmittel
Getränke
Tabakwaren

Werbwaren
Bekleidungs-
Schuhe, Pelz-
Gehäusen, Schmuck, Gold-
Silber, Kunstgeyerbe,
Spielwaren, Holz-
Spielwaren, Möbel,
Lederverarbeiten.

STADT-THEATER:
4. nachm.: Der Waffenschmied
• abend: Eine Nacht in Venedig
5. Tannhäuser
6. Orpheus i.d. Unterwelt
7. Rigoletto
8. Die Meistersinger v. Nürnberg

Lobe-Theater: Nibelungen
Schauspielh. Hollandweibchen
und Die Tanzgräfin.
Thalia-Th. Pummelstudent.

Wochenchau
5. bis 7. Septbr.
Großhandel
Neueste Modelle
erster Firmen
Deutsche Lichtbildgesellschaft
Industrie-Film

Ruba Seife

Beste Hauswaseife.
Rudolph Balhorn
Seifen- und Parfümerie-Fabrik.

Stadt-Theater.
Mittwoch 7 1/2 Uhr:
"Rigoletto".
Donnerstag 7 Uhr: "Saguntin".
Freitag 7 1/2 Uhr:
"Die beiden Wälder v. Stäbler".

Schauspielhaus.
Operntheater. Tel. Ring 2545.
Heute und täglich 7 1/2 Uhr:
"Das Heubündel".
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Wiederanstreten
Lara Birn u. Ludwig Silkesel
"Die Scheidungsreise".

LUNA PARK

Täglich im Sternensaal:
5-Uhr-Tee Kabarett
Tanzvorführung

Vereinigte Theater in Breslau.

Direktion: Paul Barany.
Lobe-Theater. Thalia-Theater.
Mittwoch, den 7. September, 7 1/2 Uhr:
"Artemides Rache".
"Sommerschüler".
(Hilfungen III.)

Konzerthaus Friedeberg
Heute sowie jeden Mittwoch:
Vornehmer Tanz
Anfang 6 Uhr.

Lady Godiva reitet nackt

durch die Stadt, um diese zu retten!

Maitressenwirtschaft an Fürstenhöfen.

Schlafzimmer
komplett v. 2300 Mk. an

Küchen
7teil. v. 650 Mk. an
bei Raumangel
empfehlen

Chaiselongue-Bett
1 Größ. - 1 Bett

Julius Ollendorf & Co.
Albrechtstr. 14.

Zeltgarten
Täglich 7 1/2 Uhr
Das vollständig neue
Riesenprogramm
u. a.:
Mans Charley
der beliebte
Grotsch-Komiker.

Umsonst!
1000 gefällig geklingelte
Gasparre, Spirale
zur Einführung
Größe Gasparre, höchste
Ausnutzung der Feigheit, kein
Zurückgehen der Flamme,
Verstopfen der Gaspirale un-
möglich. G. 409
Ausgabe erfolgt gegen Vor-
zahlung der Haushaltungs-
karte als Anreiz bei der
Einführung.

Carl Bräuer's Festfale
„Zur frohen Stunde“ Gabelstr. 22
Heute Mittwoch: 6540

Tanzkränzchen
Anfang 8 Uhr. Carl Bräuer.

Sebe Nähmaschine
alt oder neu, auch ankaufbar
kauft sofort Wenzlers, Größelenerstraße 45.

Arbeits-
Jacken, schick u. ge-
rade, sow. Hosen nur
sehr gute Qualitäten.
O. Dehmel, 6200
Neumarkt 45. Aus-
wärts Must.-Versand

Möbel
Schränke, Vertikos,
Bettstellen m. Matr.,
Sofas, Spiegel etc.
empfehlen
per Kasse, eventuell
Teilzahlung.
Karsunky & Co.
Rosenthalstr. 2, 1. Etg.
gegenüber 6399
der Oderstrasse.

ZEPTEKINO
Heute Donnerstag:
4 1/2, 6, 7 1/2, 9 bis 11 Uhr
Goliath Armstrong
36 Akte

Marineblau Tuchanzüge
fertig und nach Maß.
Hohe Ausführung
in eigener Werkstatt

Cutaway
streng nach neuesten
Formen gearbeitet, in
schwarz und maroon.

Ulster-Schlüpfer
Meine großartig angelegte
Maßabteilung
bietet Ihnen die bestk.
Current f. g. Arbeit u. eine
Paß. Fachm. Assk. i. all.
Beid. Angelegen. ohne
irgend einen Kantverzug.

Wth. Ed. Schubert
43 Klosterstr. 43

Wir suchen

unseren Abnehmern den Einkauf von Bürsten, Federn,
Pinsel, Schwämmen und Kämmen u. in unserem
Geschäftslotal

auf der Oderstraße

durch niedrigste gefällte Preise zu erleichtern und
erwarten zahlreichen Besuch.

London & Co., Oberstr. 5, 2. Bietel

Wir drucken

Plakate
Einladungs-
karten, Formulare
Brochüren, Zeitschriften
Zeitungs-Beilagen, Kataloge
Preislisten, Briefbogen u.
Kuverts, Zirkulare
Postkarten
usw.

Volksrecht-Buchdruckerei
Breslau II, Flurstraße 4-6
Fernspr. Ring 1206

Gummiwaren
für Damen und Herren
Spülprigen
3726
Reiß- und Monatsbinden
sowie sämtliche
Frauenartikel
Katalog gegen Einzahlung
von 1.- Mark

Frau A. Gebauer
Breslau 6 V, Deffauerstr. 1, 1. Etg.
Gde. Friedrich-Wilhelmstr. 36.

Alte Schallplatten
auch Bruch tauscht geg. neue
od. kauft zu höchsten Preisen
Musikhaus
Albert Jeske
Breslau, Friedrich-Wilhelmstr. 89
Fernsprecher Ohle 209.

Damenhüte
neueste Formen
Filz
von
32.- Mk. an
Paul Cohn
Schmiedebörsen 28.

Freund & Krebs
Filmbühne
Karlstr. 30, nach d. Hofkirche
Neuerschein! Spezialität!
Damen - Volantur - Hüte
u. allen neuen besten Fabrik.

Interate ergeben in
der "Kellerei"
den größten Erfolg

Anzüge,

fertig und nach Maß in modernster
Ausführung und guter Qualität von **300 Mark** an

300 Mark
Albrechtstraße 41, 2. Etg. (Rein Laden).

SCHAUBURG
VICTORIA-THEATER

Das erste
Hagenbeck-
Raubtier-
Filmdrama
**L'homme
masqué**
2. Erstaufführung!

Der Herr der Bestien
oder:
Schiffbrüche im Urwald

DK

Hauptrollen:
Otto Funt
Mehrfachschüler
von Deutschland
Henry
Bender

Der Wettkonzern-Schieber

in beiden Theatern: 2 Erstaufführungen!

Der Herr der Bestien oder **Der Wettkonzern-Schieber**

Varietéschau:
Schauburg: Singen, Cello-Virtuose. — DK: Wettkonzern, Komiker

Breslau, Dg., Schlangeng., Viktorstr., Krollstr. Die geben eine hochinteress. Handlung einem außerordentl. Feit.

Breslau, Dg., Schlangeng., Viktorstr., Krollstr. Die geben eine hochinteress. Handlung einem außerordentl. Feit.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 7. September.

Sozialdemokratischer Verein.

Die Arbeiter vom Betrieb, Verkehr und ...

District 19, Donnerstag, den 8. September, abends 8 Uhr, Sitzung sämtlicher Funktionäre, Vergütungskomitee und Mitarbeiter bei Tischner, Walergasse 26.

District 24, Parteifunktionärstiftung Donnerstag, den 8. September, abends 8 Uhr, bei Wirtsch, Hedwigstraße 11.

Die Pflicht der Beamtenchaft.

Zweimal innerhalb kurzer Zeit ist die Beamtenchaft gezwungen worden, Stellung zu wichtigen politischen Ereignissen zu nehmen. Das erstemal war es im November 1918, wo sie sich nach der militärischen Niederlage und dem Zusammenbruch des alten Systems reiflos der sozialdemokratischen Volksbeauftragten zur Verfügung stellte; das zweitemal war es in den Kapptagen, wo sie — abgesehen von einer kleinen Zahl rechtskonservativer höherer Beamten — Schulter an Schulter mit der Arbeiterschaft für den Schutz der verfassungsmäßigen Regierung eintrat.

Über bei dieser Rundgebung, der Gesamtvertretung darf es diesmal nicht bleiben, sondern jeder einzelne hat die Pflicht, in nächster Klarheit zu kommen. Die bis jetzt den Rechtsparteien zugehörigen Beamten werden sich die Frage vorlegen müssen, ob sich ihre Würde mit derjenigen der Leute vereinbaren läßt, die durch heftige und verkehrsmäßige Scheitern und Redeweise Meuchelmörder erziehen und über gelungenes Mordwerk ihrer Freude verheißt oder offen Ausdruck verleihen. Und sie werden vor Beantwortung dieser Frage auch daran denken müssen, ob sich ihre Interessen mit denen monarchistischer Schreibhülse — steuerlicher Großagrarien, kapitalistischer Großindustrieller und arbeitsscheuer Kriegsgewinnler — verknüpfen oder mit denjenigen der Arbeitnehmerschaft und des einsichtsvollen Bürgertums, das zu Opfern bereit ist, die die Republik zum Wohle der Volksgemeinschaft von ihnen fordert.

Allerdings, Hochschullehrer der Medizin, die Totengräber zu Ehrenaktoren machen, Geschichtspraktikanten, die Wilhelm den Entflohenen zum Heben stempeln, Richter, die den Mord an einem Vertreter der Republik auf ideale Gesinnung zurückführen, Staatsanwälte, die nationalistische Strafgesangene in die Sommerfrische senden, Regierungsbeamte, die noch immer der verlorenen Hoffähigkeit nachtrauern, werden sich derartige unbedeutsame Fragen nicht vorlegen. Diese Männer sind entweder Klugheiter des alten Systems gewesen oder waren durch Bande der Verwandtschaft oder Freundschaft mit der Klasse der Bevorrechtigten verbunden. Diese Leute werden ihre Mitgliedschaft daher stets dort suchen, wo man für Wiederherstellung des alten Obrigkeitsstaates — für Monarchie und Schutz des Gewinns — bemüht ist, und erst mit der Beendigung wird ihr gefährliches Spiel beendet sein.

Über die andern, die sich noch bei den letzten Wahlen für Wiedereinführung der Monarchie ausgesprochen, weil sie glaubten, so dem Volksgange und sich selbst am besten zu dienen, sie, die bisher einseitig und falsch unterrichtet waren und daher nicht wußten, daß die Monarchie weiter nichts war als Sachwalter der Junkerfäule, werden durch die neueste Tat monarchistischer Mördergeheimnisse zum Nachdenken angeregt werden. Und viele von ihnen werden zu der Erkenntnis gelangen, daß das Wohl der Volksgemeinschaft ebenso wie die Interessen des einzelnen in seiner Eigenschaft als Mensch, Staatsbürger und Beamter am besten durch die demokratisch-republikanische Staatsform gewahrt werden. So werden sich zu der großen Schar der treuen Republikaner Tausende von pflichtbewußten Beamten neu zugesellen, um darüber zu wachen, daß diejenigen, die so oft von der erdolchten Front sprechen, keinen Vorschub führen gegen die Heimat, die deutsche Republik.

Gegen die Volksausbeutung.

Von den am Montag stattgefundenen Volksversammlungen ist noch nachzutragen:

Im Gewerkschaftshaus waren Saal und Galerie dicht besetzt. Dem 1 1/2 stündigen, inhaltsreichen Vortrage des Genossen Reichs- tagsabgeordneten Franz Feldmann folgten die Versammelten mit gespanntester Aufmerksamkeit, die Diskussion war sehr reger. Es beteiligte sich daran außer den Unabhängigen und Kommunisten auch ein Vertreter der Arbeiter-Union, dessen ganzer Redeinhalt nur ein Schimpfen auf die Bonzen in den Gewerkschaften war.

Im Apollon-Saal, der überfüllt war, sprach Genosse Prof. Dr. Fuchs. Seine vorzüglichen Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen. Acht Redner der verschiedensten Parteien bestritten hier die Diskussion. Der Vertreter der USPD, griff in die älteste Makulatur der Unabhängigen Angriffe gegen die SPD, Genossen Fruchts war es ein leichtes, die Gegner unter dem brandenden Beifall der Versammlung abzuschleifen.

Alle übrigen Versammlungen bei Bräuer, Wöpelwitzstraße, mit dem Genossen Gericke als Redner, wie im Ballhof, wo Genosse Reichstagsabgeordneter Franz, und bei Wörner, Gräßhenerstraße, wo Genosse Kaufmann sprach, waren überfüllt. Die Stimmung war durchweg eine geschlossene und kampfbereitete.

Streit der Elektromonteur bei Hardegen u. Co.

Im elektrotechnischen Gewerbe wurde im vorigen Jahre tariflich vereinbart, daß für landwirtschaftliche Betriebe die Montagetagezulagen pro Tag 7 Mark betragen; in Industrie- und anderen Orten 12 Mark. Die Arbeitnehmer hatten damals diesen niederen Sätzen zugestimmt, da zur damaligen Zeit die Güte

besser die Monteur in der allermeisten Fällen für diesen Sach in Verpflegung nahmen. Durch die fortschreitende Teuerung sind aber selbst die Bauern nicht mehr gewillt, die Monteur für diesen geringen Satz zu verpflegen. Sie müssen erheblich mehr bezahlen und sind in diesen Fällen gezwungen, in Gasthäusern zu wohnen und in den allermeisten Fällen pro Tag 17-20 Mark zu entrichten. Für solche Fälle ist aber im Tarif eine Bestimmung vorgesehen, daß eine besondere Vereinbarung mit den Monteuren zu treffen ist. Auch bei der Firma Hardegen u. Co., die eine Anzahl Monteur in Städtl, Kreis Ramslau, auf Montage beschäftigt, mußten die Monteur 17-18 Mark pro Tag für Verpflegung und Übernachtung bezahlen und die Firma erstattete diese Kosten nur mit 7 Mark pro Tag; sie weigerte sich beharrlich, eine höhere Montagetagezulage zu gewähren. Angestrebte Verhandlungen des Betriebsrates sowie der Organisation führten zu keinem Ergebnis. Deshalb legten die Monteur am 29. August die Arbeit nieder. Von Seiten der Firma wurde der Schlichtungsausschuß angerufen und dieser entschied am Dienstag, daß die Monteur in dem strittigen Falle 12 Mark Montagetagezulage erhalten sollen. Die Monteur lehnten diesen Schlichtungsbescheid ab, da er in keiner Weise den Verhältnissen Rechnung trägt. Der Streik bei der Firma Hardegen u. Co. geht deshalb unverändert weiter.

Zur Lohnbewegung der Eisenbahner.

Der Deutsche Eisenbahner-Verband nahm am Dienstagabend in einer Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus eine Sitzung ab, um dem Ergebnis der erneuten, mit der Reichsregierung geführten Lohnausgleichsverhandlungen. Nach einer regen Aussprache wurde eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt:

Die am 6. September im großen Saale des Gewerkschaftshauses stattgefundene außerordentlich stark besuchte Mitgliederversammlung nimmt nach den Ausführungen des Kollegen Schäfer als Berichterstatter das Angebot, das zwar als ungenügend bezeichnet wird, mit dem Vorbehalt und dem ausdrücklichen Wunsch an, daß die Regierung bei den nächsten Verhandlungen mehr Verständnis für die Notlage der Lohn- und Gehaltsempfänger bekundet. Ebenso drückt sie den Verhandlungsleitern ihr vollstes Vertrauen aus. Bedauert aber, daß die Gehaltsangehörigen durch Verlagen ihrer Beamtenorganisation beunruhigt, im besonderen die untere Gehaltsklasse, unter dem Existenzminimum zurückgedrückt sind.

Mit diesem Beschlusse ist der vielfach beklagte Zustand im Direktionsbezirk Breslau vermieden worden.

Zur Lohnbewegung der Holzarbeiter.

Die Breslauer Tischlerinnung hat, nachdem am 25. August mit den Organisationen verhandelt worden ist, es abgelehnt, den Reichsmanteltarif für das Deutsche Holzgewerbe anzuerkennen. Damit will die Breslauer Tischlerinnung die Tischlergesellen unter w e i t e r e i V e r t r a g s r e c h t stellen.

Bis jetzt waren die Vertragsverhältnisse in Breslau stets einheitlich, und auf einmal wolle die Tischlermeister in Reaktion machen, und nicht mehr das Vertragswesen, wie es durch langwierige Verhandlungen mit den Arbeitgeberverbänden und den Vertretern der Innungen durchgearbeitet wurde, für sich anerkennen. Sie wollen auf den Kriegspfad gehen und den von den Arbeitgeberverbänden anerkannten Vertrag abwürgen. Damit erklären sich die Breslauer Tischlergesellen nicht einverstanden und werden den Vertrag in Breslau auf einheitlicher Grundlage abschließen, auch mit über gegen den Willen einiger scharfmacherischer Meister. Zur einstweiligen Beruhigung haben sie die vorläufig festgelegte Teuerungszulage, die mit dem Arbeitgeberverband festgelegt wurde, auch ihren Gesellen ab 28. August, zugestanden. Dies sind 50 Pfg. für alle Arbeiter und Arbeiterinnen unter 22 Jahre und 60 Pfg. für alle Arbeiter und Arbeiterinnen über 22 Jahre.

Zur Straßenhändler-Demonstration

am gestrigen Tage, ist noch zu berichten, daß sich die gesamten Straßenhändler Breslaus am Vormittag auf Einladung des Verbandes Deutscher Händler und Gewerbetreibender auf dem Schlossplatz versammelt hatten, um gegen die neue Polizeiverordnung Protest zu erheben. Diese Verordnung verlangt von den Straßenhändlern, daß sie zehn Meter von der Ecke entfernt ihren Stand einnehmen, der nächste Händler darf erst wieder in 50 Meter Entfernung auf der anderen Straßenseite stehen. In dieser Maßnahme erblickten die Händler eine Gefährdung ihrer Existenz und darum waren sie auch alle mitamt ihren Wagen gekommen.

Das Referat hatte Gauweiler Moser übernommen. Am Anschluß daran wurde eine Entschließung angenommen, die folgende Forderungen enthält:

- 1. Anerkennung der Organisation und Zuziehung derselben als praktischer Berater bei Ausarbeitung sämtlicher Verordnungen betreffs des Straßenhandels.
2. Wie jeder andere Staatsbürger Existenzberechtigung.
3. Die Aufsichtsbekanntmachung derart zu instruieren, daß Uebergriffe unmöglich sind.

Eine sofort gewählte Deputation sollte diese Wünsche dem Polizeipräsidenten Liebermann überbringen. Es formierte sich ein langer Zug von Händlern, die ihre Wagen mit sich führten und unter Vorantritt ihrer Verbandsfahne nach der Ursuliner Straße zogen. Als schon die Hälfte des Zuges die Oderstraße passiert hatte, trat ihm plötzlich ein großes Schupoaufgebot entgegen, das die ruhig dahinjehenden aufzuhalten versuchte. Da die Nachkommen nachdrängten, war natürlich ein sofortiges Ausweichen nicht möglich. Es entwickelte sich nun ein ernstes Handgemenge zwischen Schupo und Demonstranten. Die Beamten schlugen mit Häuften in die Händler hinein, die ihnen meist mit Ruchunden bespannten Wagen nicht so schnell eine andere Richtung geben konnten. Während dieses Zusammenstoßes war die Spitze im Polizeipräsidenten angelangt. Polizeipräsident Liebermann verhandelte mit der Deputation, sah die Verhandlung aber als nicht dienlich noch ernst auf. Er versprach jedoch, die Eingabe zu prüfen, und übergab die weitere Behandlung der Angelegenheit dem Polizeiarzt Dr. Thiemann. Während der Verhandlung warteten die Händler und Händlerinnen in den umliegenden Straßen auf das Resultat.

Jugendabteilung der Angestellten.

Auf der ersten Jugendkonferenz des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Ende August 1921 in Kassel, sowie auch auf der Reichsjugendtagung des Zentralverbandes der Angestellten Ostern 1921 in Eisenach, wurde der Beschluß gefaßt, daß die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Jugendlichen Sache der in Frage kommenden Gewerkschaft sei. Der Zentralverband der Angestellten hat auch schon früher alles daran gesetzt, die kaufmännischen Lehrlinge und Lehrschüler in seiner Jugendabteilung zusammenzufassen. In Breslau wurde ganz besonders in den vergangenen Sommermonaten eifrig am Ausbau der Jugendabteilung gearbeitet. Trotz der immer noch sehr schwierigen Verhältnisse, unter denen die Jugendlichen, besonders durch unregelmäßigen und zu späten Büro- und Lebenslauf zu leiden haben, ist doch eine beträchtliche Anzahl zu den Zusammenkünften erschienen. Während bisher Raummangel die Jugendabteilung zwang, als Wanderverein zu unter hin und her zu ziehen, ist es nunmehr gelungen, für die kommenden Herbstferien eine eigene Jugendabteilung zu finden, das sicher mit dazu beitragen wird, eine noch größere Zahl Jugendlichen den besonderen Veranstaltungen zuzuführen. Als einstweiliges Heim ist in freundlicher Weise der Saal des Städtischen Jugendheims, an der Marktstraße 2, zur Verfügung gestellt worden. Vom 8. September ab werden die dortigen Donnerstags-

abends von 7 1/2 bis 10 Uhr, Zusammenkünfte stattfinden. Donnerstags, den 8. September, wird in diesem Saale eine kleine Eröffnungsfeier abgehalten werden, zu der ganz besonders die Eltern und andere Angehörige der jugendlichen Angestellten und Lehrlinge, sowie auch die Mitglieder des Zentralverbandes der Angestellten herzlich eingeladen sind.

Weiteres über die Jugendveranstaltungen des Zentralverbandes der Angestellten bringt „Der Angestellte“, die Monatszeitung der hiesigen Ortsgruppe des „Adurbundes“ auch im Bureau des Zentralverbandes der Angestellten, Margaretenstraße 17, Zimmer 85, ist Näheres zu erfahren.

Politik und ärztliche Ehrengerichte.

Zu unserem Artikel vom 17. August schreibt uns Herr Sanitätsrat Dr. Albert Sachs:

„In dem Artikel ist gelagt, daß ich in meinem Kampf um die naturgemäße — operationslose — Behandlung der Zellgewebsentzündungen durch die ärztliche Standesordnung zur Strecke gebracht sei.

Das ist falsch, soweit es sich um die Anklage handelt, die das ärztliche Ehrengericht gegen mich im Dezember 1917 erhoben hat, als der Abgeordnete, spätere Minister Hämisch, mein Verfahren in überaus anerkennender Weise im „Hamburger Echo“ besprochen und die „Volkswacht“ den Artikel übernommen hatte. Ich bin damals keineswegs zur Strecke gebracht worden; vielmehr hat das Ehrengericht, gemäß dem Antrag des Anklagevertreters, das Verfahren gegen mich eingestellt und die Kosten der Kammer aufzuerlegt.

Richtig ist allerdings, daß die Verbreitung der von mir empfohlenen Behandlungsweise durch die ärztliche Standesordnung erschwert, ja beinahe unmöglich gemacht ist. Verzicht auf diese ist im Widerspruch stehend mit den geltenden Anschauungen, keine Förderung und eine Veröffentlichung in der nichtmedizinischen Presse ist nicht erlaubt. Somit ist wohl meine Weise zur Strecke gebracht oder doch schwer gehemmt — was ich im Interesse der Volksgesundheit bedauere —, aber ich selber sehe frank und frei da, ohne daß das Ehrengericht die geringste Beeinträchtigung meinerseits hat feststellen können.“

Erhöhung der Droschkenfahrpreise.

Die Droschkenbesitzer hatten bisher in der Erwartung eines Preisabbaues darauf verzichtet, ihre Preise die nur das fünffache der Friedenspreise betragen, zu erhöhen. Da nun aber die Unterhaltungskosten außergewöhnlich gestiegen (zum Beispiel Heu, der Jentner von 30 auf 100 Mk., Hafer auf ca. 200 Mk. um.) und noch weiter steigen, mußten die Droschkenbesitzer an die Behörden herantreten und um Aufhebung der Fahrpreise ersuchen. Um den weiteren Verlauf von Droschken wegen Existenzmöglichkeit anzuhalten haben die stattgefundenen Verhandlungen zu einer Erhöhung auf das achtfache der Friedenspreise geführt und die diesbezügliche Verordnung der Polizeibehörde ist am 20. August in Kraft getreten.

20 Jahre Breslauer Stadthafen.

Zwanzig Jahre sind vergangen, seit der Breslauer Stadthafen gelegentlich der Tagung des Deutsch-Osterröschisch-ungarischen Verbandes für Binnenschifffahrt am 3. September 1901 in feierlicher Weise eingeweiht und tags darauf seiner Bestimmung übergeben wurde. Zwanzig Jahre, wechselnd in Aufstieg und vorübergehendem Niedergang, im allgemeinen aber gekennzeichnet durch jähren Willen zu Selbstbehauptung und Fortschritt. Waren bei der Eröffnung des Hafensbetriebes nur drei Speicher, sechs Kräne, eine Kutschke und eine Gleiswage vorhanden, und war die Gleisanlage erst unvollkommen angelegt, so haben sich diese Zahlen heute entsprechend auf fünf Speicher und zwei Kutschken, 15 Kräne, 20 Kutschken und zwei Gleiswagen vermehrt und die Gleisanlagen mehrfach umfassende Erweiterungen erfahren. Im Jahre 1902 konnte die Anerkennung des Hafens als einer selbständigen Tarifstation der Staatsbahn erreicht und damit ein nicht hoch genug zu veranschlagender Vorteil erzielt werden. Seit 1905 befindet sich im Hafen eine öffentliche Niederlage im Sinne des Vereinsstatutgesetzes zur Lagerung unverpackter ausländischer Waren; seit demselben Jahre können Waren, die im Hafen eingelagert sind, seitens der Verwaltung beschlagnahmt werden.

Über den Verkehr im Stadthafen gibt eine im Jahre 1920 veröffentlichte Uebersicht Aufschluß. Danach betrug die Zahl der im Jahre 1902 eingegangenen Schiffe 499 mit 55 263 Tonnen Laderaum, der Verland 1 194 Schiffe von insgesamt 114 001 Tonnen Tonnage. Die gesamte Ladung also 169 264 Tonnen. Diese Zahl ist im Jahre 1908 auf über 440 000, im Jahre 1909 auf über 523 000 und im Jahre 1913, dem letzten Friedensjahre, auf nahezu 733 000 Tonnen gestiegen. Weitaus überwiegend wird der Eisenbahn- und der Lagerverkehr, und zwar schnelle die Zahl der empfangenen und versendeten Wagen von 14 102 mit 161 704 Tonnen Ladung im Jahre 1902 auf 57 327 mit weit über 722 000 Tonnen Ladung im Jahre 1913 empor, während der Zu- und Abgang im Lagerverkehr von noch nicht einmal 50 000 Tonnen im Jahre 1902 auf weit über 112 000 Tonnen im Jahre 1913 anwuchs. Unter den Einwirkungen des Krieges ging der Verkehr naturgemäß zunächst zurück, wenn auch andererseits gerade auch die Kriegsverhältnisse die Hafenerweiterung vor völlig neue Aufgaben stellten.

In treuer Arbeit hat der Hafen, der seit seiner Eröffnung unter Leitung des Hafendirektors Meuser steht, der Stadt und ihrer Bevölkerung gedient. Sind auch die Einwirkungen des Krieges nicht spurlos an ihm vorübergegangen, so ist doch zu hoffen, daß er sich in den nächsten Jahren wieder zu seiner alten Höhe zurückentwickeln wird. Gewähr dafür bietet keine finanzielle Lage, die nur als geringfügig bezeichnet werden kann. Wenn im Jahre 1920 volle 614 706,12 Mark Reingewinn erzielt werden konnten, so spricht das jedenfalls dafür, daß die ungünstige Benützung des Hafensverkehrs durch die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse während der letzten Kriegsjahre und der ersten Jahre nach Beendigung des Krieges nur eine vorübergehende gewesen ist.

* Raubüberfall.

In der Nacht zum 3. 9. wurde in Oppetan ein Bankbeamter von 2 unbekanntem Männern angefallen. Der eine Täter schlug ihn vor die Stirn und würgte ihn am Hals, während ihm der andere die silberne Uhr mit Gliederstein, ein schwarzes Portemonnaie mit 101,50 Mark und ein robraunes Notizbuch mit Briefschaften entriß. Der eine der Täter ist 1,75 Meter groß, kräftig und trug einen rotbraunen Anzug und Sportmütze. Der zweite Täter war kleiner und trug eine Leder- mütze. Eine weitere Beschreibung konnte der Ueberfallene nicht geben.

* Verschleift wurde ein Raschmenschenlocher, weil er sich in einer Familie eingeschlichen hatte unter der Vorpiegelung sich mit der Tochter zu verheiraten. In Wirklichkeit hatte er es nur darauf abgesehen, sich irgend einen Vermögensvorteil zu verschaffen.

* Vom Tode überfallen. Gestern abend saß ein in den 50er Jahren lebender Hausbesitzer Müller einen Schlaganfall, während er sich in dem Lokal Cafe Sonne aufhielt. Der Verstorbene wurde in das Leichenhaushaus eingeliefert.

* Unbekannt erschossener Mann. Wie die Kriminalpolizei ermittelt hat, handelt es sich bei den gestern auf der Feldstraße angefallenen erschossenen Mann um einen gewissen Walter aus Oels. In der Nacht zum 6. d. M. wurde dieser in der Wohnung seiner Eltern, Wäldersstraße 10, erschossen. Er hatte sich dort in eine Wohnung eingeschlichen, weil er dort in der Nacht zum 6. d. M. schlief, weil er dort in der Nacht zum 6. d. M. schlief, weil er dort in der Nacht zum 6. d. M. schlief.

kleine Breslauer Nachrichten.

Wohin mit den Spargroschen?

Ein wahrer Taumel hat die Menschheit, insbesondere in größeren Städten, in der Nachkriegszeit erfasst, aus dem heraus Unternehmungen entstehen, die geradezu als volkshochverleidend bezeichnet werden müssen. Von der Sucht, mühelos Kapitalien zu erwirtschaften, werden leider auch Teile der arbeitenden Klassen erfasst. Die giftige Pilze aus sumptigem Boden steigen die sogenannten Wetteilnehmer empor und werfen mit verlockenden Worten ihre Rede aus. Nur gar zu gern sind viele Arbeiter geneigt, solchen Unternehmungen ihre Spargroschen zu übergeben, ohne jegliche Gewähr für deren Sicherheit. Die alles beherrschende Forderung mag wohl viel zu dem Bestreben beitragen, die Einkommensverhältnisse auf leichte Weise anzubessern. Die Tagespresse hat jedoch schon wiederholt von zusammengebrochenen Konzerne berichtet, durch die viele Tausende ihrer Spargroschen beraubt wurden. Hoffentlich wird solchen unglücklichen Gewerbetreibenden bald durch entsprechende gesetzliche Maßnahmen Einhalt geboten werden. Die Stimmen, die vor solchen Verlockungen warnen, mehren sich täglich. Der einzige Weg, die wirtschaftliche Notlage zu mildern, ist in der Genossenschaftsbewegung gegeben. Die genossenschaftliche Selbsthilfe gibt allen, die unter dem wirtschaftlichen Druck leiden, die Möglichkeit zur Einberührung. Um wie vieles richtiger ist es da, wenn insbesondere die Angehörigen der arbeitenden Klassen ihre Spargroschen in die Kassen der gemeinsamen Genossenschaften bringen! Dort arbeiten sie in ihrem Interesse, im Interesse des ganzen wirtschaftlichen Aufbaues, also im Gegensatz zu den wilden, unkontrollierbaren, volkshochverleidendsten Unternehmungen in einem die Volksträfte fördernden Sinne. Je mehr diese Erkenntnis unter den Volksgenossen Platz greift, je mehr die genossenschaftlichen Unternehmungen durch Verbreitung in den weitesten Volksschichten befähigt werden, sich wirtschaftlich auszubreiten und auszubauen, um so eher und um so mehr wird auch unsere Notlage gehoben werden können. Dies sollten vor allen Dingen die Mitglieder der Bau- und Konsumgenossenschaften begreifen und rücksichtslos jenen gefährlichen Unternehmungen entgegenstellen. Was nützen die hochtönenden Phrasen, die diese Konzerne hinausstreuen, indem sie auf die Notwendigkeit der Hebung der Pferdebrut und des Spornes hinarbeiten. Es sind durchweg, das hat die Erfahrung gelehrt, unglückliche, auf die Interessen der Bevölkerung gerichtete Unternehmungen, die die arbeitenden Volksschichten in die größte Gefahr bringen!

Die arbeitende Bevölkerung von Breslau trägt ihre Spargroschen in ihrem eigenen wohlverstandenen Interesse nur in die Sparkasse des Gewerkschaftshauses oder des Konsumvereins Somaritz.

Die Volksberatungsstelle im Rathaus, eine Treppe (Raisjansner) wurde im Monat August von 624 Personen, 389 Männern, 235 Frauen, besucht. Die Auskünfte betrafen folgende Gebiete: Städtische Angelegenheiten verschiedener Art 301, Arbeiterversicherung 18, Angelegenheiten der 7. Arbeits- und Dienstverträge 24, bürgerliche Recht 219, Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 28, Strafrecht 17, Privatversicherung 2, Handels- und Gewerbebetriebe 8. Außerdem wurden 28 Schriftsätze angefertigt und in 86 Fällen Auskunft auf fernmündliche Anfragen erteilt.

Gelöchter Hiesbrand. Am Sonntag brach zwischen Trebschen und Dittich ein Hiesbrand aus, der sich schon sehr verbreitet hatte. Die erste Klasse der Schule 47 kam auf einem Schulausflug an der Brandstätte vorbei. Die Schüler begannen unter der Leitung ihres Lehrers des Feuers zu lächeln. Nach dreierstündiger Arbeit gelang es, des Feuers Herr zu werden. Auch zwei Insassen eines Segelbootes halfen mit.

Stadttheater.

„Eine Nacht in Venedig.“

Von dem allherden Flottensturm genialer, melodischer Einfälle, der wie ein unaufhörlicher Regen gewirkt und körperlischer Gestalten die ganze Partitur von Hof, Strauß, „Nacht in Venedig“ durchfließt, wird auch das letzte Reichen eines inneren Schauhäutchenmüllens allzu gestrenger Kunstmoralen hinweggefegt. Man mag diese Schönheit, wenn sie auch auf leichten Füßen läuft, lieben, diese Schönheit, die sich so ganz unmassiviert flücht, ohne prädestinierte, tiefe Geistigkeit gibt. Welches ästhetische Kontrastmoment könnte sich halten? der schwärmerischen Verliebtheit des Gewandlades, der noblen Grazie des Logenwärtlers und der vielen anderen Perlen galanter Melodie gegenüber, zumal, wenn dieses „Spiel aus dem Roberto“ mit solch elastischem Schwung ausgestattet wird, wie es Julius Prager von seinem Thron aus tat! Die Bekanntschaft mit dem von Vorjahr her bekannten Namen den gleichen Geist göttlichen Reichtums auf in dessen Vertiefung namentlich Margret Dörs, Pechel sich immer überreicher offenbart. In das gut geübte Ensemble (Marga Keilch, Luise Sch. Fröhlich, Hans Faber, Karl Rudow, Rudolf Hohberg, Herbert Taubert) hatte es Carla Köstlein in nicht löcher, sich einzuweisen. Hoffentlich findet mit zunehmender Reife in der körperlichen Aktion auch ihre Stimme den Weg zur Entfaltung aus den Banden des Anfängertums. —g—h.

„Der Waffenschmied.“

Die Einrichtung der Sonntag-Nachmittagsvorstellungen hat augenscheinlich beim Publikum so starken Anklang gefunden, daß ihre Beibehaltung auch in dieser Spielzeit zu erwarten steht, wenn man auch nicht verhehlen kann, daß sich dadurch für alle Ausführenden eine erhebliche Mehrbelastung einstellt. Jedoch war weder Marga Keilch, einer nahezu klassischen komischen Alten, noch Rudolf Hohberg, dessen Komik anfangs, den Boden des von Säuerlichen Schwanen etwas davon anzumerken, daß sie noch die Strapaze der Abendvorstellung vor sich hatten. Da Rudolf Wietelkopf, allen Naturgesetzen konträr, an Jugendlichkeit in der Bewegung und an Marktheit in der Lombildung zumutet und „heut auch den Spruch er gelungen gut“, wurde ihm ein ehrenvoller Sonderapplaus zuteil. Als Marie Kellner sich die „hinterherum“ engagierte Sulf Lipsi vor. Niedliche Figur, freundliche Stimme, die Vorjungs herrliche Wesen mit schlichtem Ausdruck, ohne künstlichen Aufputz wieder gibt, amüsante, wenn auch etwas indifferente Darstellung! Hans Hauschild, den wir als charakteristischen Gestalter bereits kennen gelernt haben, hatte endlich Gelegenheit, sich als Sänger zu erproben. Die Belagris einer Entfaltung ermahnt sich im wesentlichen als ungeduldig. Sein Tenor besitzt die traditionellen Sufjosephensarten, helle Farbe, beweisende Stärke, Juridireten des tonlichen Elements zugunsten der Verständlicher Veräußerung. Die dramatische Unfähigkeit im Duett mit Stabinger (2. Akt) stehen sich schon bei der zweiten Strophe, dank seiner gelächlichen Anpassungsfähigkeit ins Gleichgewicht bringen. Das Orchester beherrschte Neigung, Hellmut Seidelmanns Direktion zum Trotz, eigene Wege zu gehen. —g—h.

„Tannhäuser.“

Höflichkeit den Gästen gegenüber ist eine Pflicht des Anstandes, der ein taktvoller Mensch bereitwillig nachkommen wird in der Voraussetzung, daß sich der herzlich Bemittelteste und freundlich Aufgenommene durch Rücksichtnahme auf die bestehende Hausordnung respektieren werde. Darum an unsere verehrlichen Respektierte, die wir in Masse in der Tannhäuser-Vorstellung feststellen zu können glauben, die beherrschende Sitt, nicht durch unpünktliches Erscheinen und ratloses Umherirren im Zuschauerraum die Eingangsgehenden der jeweiligen Oper zu gefährden! Auf die Frage, ob die Aufführung am Montag sehr geeignet war, unsern Gästen den denkbar günstigsten Begriff von dem Stande unjener

Theaterkultur zu vermitteln, kann man nur mit gemischten Gefühlen antworten. Ueber Dr. Adolf Kammermanns Tannhäuser möchte man lieber schweigen, wenn reden nicht Pflicht wäre. Sein Ton ist so unklar in der Sache, daß man die Angst nicht los wird, er könnte im nächsten Moment umbrechen. Man braucht nicht Schwarzseher von Beruf zu sein, um nach den bisherigen Erfahrungen eine tenorale Krise in Permanenz am Parhont dieser Saison herauszulesen zu sehen. Darstellerisch war dieser Tannhäuser total verzeigelt; aus dem folgenden Bemerkter wurde ein Pfeiferchenmann. Der geistige Schwerpunkt des zweiten Aktes ging darum vollständig auf Marie Rudow über. Ueber die Schönheit über. Diese Schönheit war aus einer unergründlichen Seelentiefe heraus gestaltet, der sich jeder Ton, jede Gebärde, jede Bewegung als sprechender Ausdruck eines Herzens, eines Herzens fügte. Nur über die ganze Klangtrajekt ihres Pianos scheint sich die Künstlerin nicht klar zu sein; vielleicht beruht dieser Zustand auf einer falschen Kammerstellung. Den Worten Elisabeths: „Die Wesen, die die Sängern klangen, erschienen mir, trüb ihr Sinn“, muß ich trotz aller ihrer angenehmen und anregenden Courtisane widerprechen, denn der Walter von der Vogelweibe z. B., den Hans Hauschild vermutlich erstmalig in Obhut hatte, machte sich durch besondere Schärfe des Tons und aufregendes Kopfmachen bemerklich, so daß das Ensemble der ritterlichen Sängerschaft noch mehr in seinen zoffigen Angeln kreischte. Dem Landgrafen Herbert Tauberts glaube ich das erste Mal begegnet zu sein. Abgesehen von seiner keifischen Würdigkeit konnte man an dem tadellosen Sitz seiner Stimme und an der gediegenen Tonqualität seine wahre Freude haben. 99.

Thalia-Theater.

„Die Hummelstuden.“

Sie hat viele Väter, diese „große Posse mit Gesang und Tanz“. Manche sind schon recht, recht alt, aber ihr hummelndes Kindelein ist noch ziemlich jung geblieben. Hat einen Biedermeier-Charakter, dazu ganz moderne, mitunter sogar originelle Bühnenaufmachung, und spricht über Jünglinge und Mädchen. Aber schließendlich hat ja schon Shakespeare in einem seiner Stücke, das zu einer Zeit spielte, als das Pulver noch nicht erfunden war, mit Kanonen schießen lassen. — Der Inhalt ist kurz: Zwei Studenten, die auf eine Erbschaft lauern, die sie erst erwischen sollen, wenn sie sich selbst erhalten können (so ein hinterhältiges Testament!) verzeihen ohne Erfolg allerlei Verufe (dazu kontrolliert sie noch in ein eifersüchtiger Keil, der alles verteilt, wenn sie schon das Geld in der Tasche glauben), bis sie schließendlich beide sich selbst erdären können, und das Geld ein Mädchen erbt, das der eigentliche Erbe auch prompt heiratet. Humor, Unfrömmigkeit, Sentimentalität. Aber auf die Lachmuskeln geht's! Den Vogel hoch, alles in seiner Ausgelassenheit fortziehend. Gustav Kottler, dem Hertha Kottler z. B. im ebenfalls zur Seite stand. Robert Meyn als Erbe und Gertrud Meyn als schließliche Meinerbin taten ihr Möglichstes. Einer Reihe bewährter Breslauer Schauspieler, die wir bisher in anderen Rollen zu sehen gewohnt waren, hatte die Regie kleine und kleinste Rollen in die Hand gedrückt. Schade. Die Kapelle, die unter Leitung Walter Bey stand, begleitete mit unsichtbarer Sicherheit.

Parteigenossen und Genossinnen werbt ständig für die Volkswacht!

Familiennachrichten

Deutscher Bauarbeiter-Verband.
Am 4. September, nachmittags 3 1/2 Uhr, verschied nach kurzem Leiden unser werter Kollege
Oskar Wolf
im Alter von 58 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Sektion der Träger.
Beerdigung findet Mittwoch, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle Maxstraße aus, statt. 6545

Sonntag, den 4. September, nachmittags 3 1/2 Uhr, verstarb unser altes Mitglied, der Genosse
Oskar Wolf
im Alter von 58 Jahren.
Ehrendes Andenken!
Die Mitglieder
des Sozialdemokratischen Vereins Breslau
Distrikt 20.
Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Maxstraße.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Breslau.
Sonntag, den 8. September, nachmittags 5 1/2 Uhr,
im Zimmer 7/8 des Gewerkschaftshauses:

Vertrauensmänner-
versammlung
aller Tischlereibetriebe.
Tagesordnung: 1. Die Verhandlungen und die Verhandlung der Tagesordnung. 2. Beschlüsse.
Kollegen, wir erwarten, daß alle Betriebe vertreten sind, besonders die Zimmerbetriebe. — Mitgliedschaft mitbringen! Die Verwaltungsstelle.

Jungmutterforgen
Eine Anleitung zur Pflege des gesunden Säuglings von
Dr. Wilhelm Fischer
kartoniert nur Mark 2.25
anzuerst Preis-Zugabe
Buchhandlung „Volkswacht“
Rebarnes Indaguarat
Breslau III, Neue Gasparstraße 5

Schicke Herrenkleidung

noch Maß erhalten Sie, wenn Sie Ihre alten Kleider wenden und umarbeiten.
Telefon 1507. 6458
Militär-Mäntel
werden bei uns in tadelloser Ausführung zu diesen Spottpreisen oder höher hergestellt. Neuhergestellte Stoffe in in- und ausländischen Qualitäten. Stoffe werden zur Bezeichnung angenommen. Gütige Befehle können bei Lager. Auswärtige Aufträge werden prompt erledigt.
Jaschonek & Kleiner, Schneidermeister, Gumbitzerstr. 2.

Sozialdemokratie und Schule

Von Heinrich Schulz. — 3.50 Btl. — 20% Zuschlag
Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes sowie von sämtlichen Kolportageuren entgegengenommen

Ausschneiden
Kauf! Verkauf! Höchstes Interesse! Werden jeder Wert! Johannstraße 23, 3717

Parteifreunde
kauft an Bahnhöfen, verlangt in Hotels, Restaurants, Cafés stets die

Volkswacht
Ungelächten
Barchent
70 cm breit 9.—
Meter
Fabriklager
Krupp Allee, Postk. 23

Ausbau der Kludertürsarge
durch die Genossenschaft
von
Dr. Selma Schiller
Arzt
Eine notwendige Schritt für Behörden und Ausschüsse, Lehrer und Erzieher, wie überhaupt für alle, die sich in der Welt ihrer Pflege betätigen.
Preis 2.25 Mk.
Bestellungen werden von der Verwaltungsstelle entgegengenommen.

Schneider
auf Schlepfer, Puleins, Sakkos, Joppen
Tart I a
sofort gemacht. Lese, dass an einer anderen Beschäftigung gelegen ist, wollen sich mit Preisbestimmung und Anwesenheit bei
Georg Frießländer, Herrenkleiderfabrik
Rosenbachstraße 37/38. 1963d

Arbeitsmarkt

Züchtig. Sutmacher
geübt 6757
Julius Loewy, Sutfabrik
Neufchestr. 47/48.

Lagerist (in), Expedient (in)
aus der Strumpf- u. Trikotagenbranche
per bald gesucht. Offerten unter Nr. 6223 an die Geschäftsstelle dieses Blattes. 6555

Strassenhändler! Hanfierer!
erhalten haben, besonderer Verdienst durch den Verkauf meines neuen Spezial-Hanf-Hanfartikels. Anfragen sind zu richten unter Nr. 223 an die Geschäftsst. b. 3tg. 6552

Näherinnen
auf Dauerarbeit, Tarif II, melden sich bei
Father, Wilhelmstraße 5. I.

Zeitungs-Trägerinnen
für „Volkswacht“ sofort gesucht.
Bedingungen in der Expedition der
„Volkswacht“ Flurstr. 4/6.

Schürzenzschneiderinnen
für bald aber später gesucht
6549
Posener & Cohn, Ring 60, I.

Schneider
auf Schlepfer, Puleins, Sakkos, Joppen
Tart I a
sofort gemacht. Lese, dass an einer anderen Beschäftigung gelegen ist, wollen sich mit Preisbestimmung und Anwesenheit bei
Georg Frießländer, Herrenkleiderfabrik
Rosenbachstraße 37/38. 1963d

Wir suchen
Schneider
auf gute
Sakkos und Schlepfer
Tart I a
Meldungen mit Ausweis* und
Probearbeit von 7 bis 3 Uhr
Aktiengesellschaft
für Webwaren u. Bekleidung
Gartenstraße 7

Strohhut-Näherinnen
können sich melden 6758
Julius Loewy, Sutfabrik
Neufchestr. 47/48.

Hofen-
schneider
für mittlere und bessere
Hofen können sich mit
Broschüre Friedrichsberger
Straße 12, I. Et., melden.
Schneider
auf Joppen, Sakkos und Hosen,
Tarif I, ge. (Probearb. erw.)
Julius Loewy, Neufchestr. 51
Dam-Näher-
innen
die längere Tätigkeit als solche
nachweisen können, stellt
sich ein
Heinrich Böttcher
Wismarstr. (Kreuzstr.)
Bedienung wird
gesucht
Waldstr. 20, I. Et.
Perfekte Handnäher.
Sachl. Ufer, post 6412
Machner, Sonnenstr. 1.

Unterhaltung

Eine Nacht im Jägerhause.

Von Friedrich Hebbel.
(Schluß.)

Er zog sich hierauf zurück, die Freunde gingen wieder in die Kammer, auch der Hund nahm seinen alten Platz auf's neue ein. „Eine wunderliche Nacht!“ sagte Otto zu Adolf, „am Ende ist der Gauner doch allein im Hause, die Spiegelfesseln sind ausgeblieben und er leidet, da die Ueberumpelung ihm mißlang, auf die Ausführung des Rübendiebstahls.“ „Möglich“, erwiderte Adolf und sah nach seiner Uhr, „aber noch ist's früh.“ Ein Schuß fiel. Gleich darauf entstand ein sonderbares Geräusch vor dem Dachfenster. „Wer da?“ rief Adolf und leuchtete mit der Lampe hin. Er sah in ein lautes Rauchen aus, denn er erblickte das phlegmatische Gesicht eines Käters, der, wahrscheinlich durch den Schuß erschreckt und vom Licht angezogen, emporgezogen war und ihn anfangs, von dem hellen Schein der ihm so nah gebrachten Lampe geblendet, unter postlerischen Geheizen anstarrte, dann davonsprang. Bald hernach hörten sie unten einen schweren Fall, wie von einem lebendigen Körper, der plötzlich ein Meßerstück hinwirft. Dröhnende Schritte ließen sich vernehmen, dahinter die näselnde Stimme des alten Weibes. „Wie steht's?“ fragte sie. „Tot!“ antwortete der Jäger dumpf und stieß einen Fluch aus. „Jesus Christus!“ rief die Alte rauh und gellend.

Es wurde wieder still. Die Freunde wußten nicht, was sie aus dem Vorgang machen sollten. Sie saßen da auf's Besten. Jeder hing seinen Gedanken nach. Endlich verließen sie, da alles stumm und lautlos blieb in einem unruhigen Schlummer. In diesem Zustande halbes Wachens und halben Träumens kam es Otto wieder vor, als ob er die Lampe erlöschend sähe. Häufig fuhr er auf, glaubte sich aber getäuscht zu haben, da er das von der Lampe verbreitete Dämmerlicht noch fortbauern sah. Da bemerkte er mit unaussprechlicher Freude, daß die Morgenröthe rot und golden ins Fenster schien, und wieder den finstern aussehenden, schlafenden Freund, der das Weis noch fest umklammert, auf die Streu zurückgefallen war. „Was gibt's?“ rief Adolf und sprang auf. „Stich, Stich!“ sagte Otto und führte ihn zum Fenster. „Gelobt sei Gott!“ sprach Adolf, „ich hatte einen hübschen Traum.“

Ich glaube schon in Italien zu sein und ging durch einen Wald. Da sprang ein Trupp gerulmter Gesellen aus dichtem Gebüsch hervor und drang unter wildem Geschrei zu Raub und Mord auf mich ein. Ich, in der Todesangst, rufte: Haltet denn eine Röhre her, ich will die Augen aus? Ich bin Gureasgleichen, seht hier den Beweis! Dabei zick ich den kleinen, besglamten Dolch, den ich, wie Du weißt, auf der Frankfurter Welle von einem jüdischen Erbkäufer gekauft habe. Die Räuber schonten meiner Rede keinen Glauben und lachten mich aus. Nun kommt plötzlich auf häßlichem Roh ein zweiter Reiter her, und einer aus dem Trupp tritt vor mich hin und spricht: „Du bist, was wir sind? Gut, wir nehmen dich unter uns auf, nun geh' und mach' an Jemem dort Dein Probestück!“ In dem Augenblicke wackelt Du mich, und jetzt erinnere ich mich, daß dies die alberne Geschichte ist, die mein verkümmertes Oheim so oft als ihm begegnet, erzählte, und die ich ihm niemals glaubte, weil die Frage nach dem Ausgang des verwickelten Handels ihn immer in Verwirrung brachte. „Wir wollen diese Nacht und ihre Träume verzeihen“, sagte Otto, „und uns dem vollen, süßen Gefühl des Lebens hingeben, ohne Maß, wie einem Raucher! Zum ersten Male dürfen wir es als ein, wenn nicht erworbenes, so doch durch Wachsamkeit und Vorsorge erhaltenes kostbares Gut betrachten, nicht mehr als bloßes Geschenk!“ Adolf drückte ihm warm und kräftig die Hand.

Jetzt erschall die Stimme des Alten, die mit Andacht ihr Morgenlied absang. Deutlich vernahm man die fromme Gebetliche Strophe:

Wach auf, mein Herz, und singe
Dem Schöpfer aller Dinge,
Dem Geber aller Güter,
Dem treuen Menschenhüter!

Unwillkürlich stimmten die Freunde mit ein und stiegen die Leiter hinunter. Am Fuß beriefen trat ihnen, freundlich grüßend, der Jäger entgegen. Sein Gesicht kam ihnen bei weitem nicht mehr so unangenehm vor, wie am Abend vorher und in der Nacht. Sie waren schon geneigt, ihm in ihrem Herzen Abbitte zu tun, da bemerkten sie auf's neue jenen boshaften Zug um den Mund und jenes verdächtige Lächeln, und der Mensch wurde ihnen wiederlicher, wie je. Er entsetzte sie, daß er sie noch nicht habe tören müssen. „Freilich“, sagte er hinzu, „konnte ich nicht wissen, daß Sie mit offenen Augen schliefen, wie die Hasen, und mich, so leise ich auftrat, hören würden.“ Dann führte er sie in das Wohnzimmer, wo die Alte bereits mit Bereitung eines Kaffees beschäftigt war, dessen aromatischer Duft ihnen kräftig und hartend entgegenstrahlte. Schweigend, wie sie es der Klugheit gemäß erachten mußten, genossen sie diesen.

Hierauf erkundigten sie sich bei dem Jäger, der seinen Hund wusch und kammte, nach ihrer Schuldigkeit. „Natürlich und ohne aufzuheben, verzeihe er, er habe sich schon begahrt gemacht.“ „Sagst Du etwas von Deinen Sagen?“ fragte Adolf, der sich nicht länger halten konnte, seinen Freund mit Spott. Als Otto dies vernahm, sagte er zu dem Jäger: „Auch ich habe das Meinige beisammen, darum nennst die Jäger!“ „Meine Herzen!“ rief der Jäger und leerte, an den Tisch tretend, ein Glas Bier, „ich will nicht länger Bestehens mit Ihnen spielen. Sie lagen die Nacht hindurch auf der Folter, und die Folter hat man umsonst!“ „Eine Unrichtigkeit sondergleichen!“ verzeigte Adolf und sah Otto an. „Nicht wahr“, fuhr der Jäger fort, „ich irrte mich nicht? Ich bin in Ihren Augen, was der Blumens in den Augen der Kinder ist?“ „Ganz recht, mein Freund“, sagte Adolf und klopfte ihm mit unterdrücktem Grimme auf die Schulter. „Ihr seid der rechte Sohn Eures Vaters!“ „Das verzeih' ich nicht“, entgegnete der Jäger und erglühte über und über, „aber dies versprech' ich mir, nicht ohne Schamzede sollen Sie mein schlesisches Haus verlassen. Sehen Sie die alte Frau dort, die Ihnen gestern Abend Brot und Bier brachte und heute morgen den Kaffee? Es ist meine Mutter! Sie hat keine Zähne mehr; auch von den Jägern werden Sie zweiwundredlich vermissen, wenn Sie einmal fechtig Jahre zählen. Sie ist einäugig, aber nur, weil die Hand eines bösen Waben ihr das linke Auge ausstach, als sie in ihrer einamen Güte überfallen wurde und ihres Mannes lauer verdientes Spatzpennig nicht gutwillig hergeben wollte.“

Und nun hören Sie! Ich stand gestern Abend schon hinter Ihnen, als Sie, ins Fenster schauend, meine arme Wohnung betrachteten, und wollte Sie eben zuordnen, wie es sich ziemt, zum gastlichen Eintritt einladen, da begannen Sie Ihre lächelnden Bemerkungen über meine Mutter, die mich um so mehr verdrossen, je besser ich es mit Ihnen im Strome gehabt hatte. Hätte, wie ich dir, hätte ich auf der Stelle, verzeihen Sie, daß ich es sage, mit meinem hohen Eideidol dazwischenlag, aber ich lieh den bereits erhobenen Arm wieder sinken, denn mir kam der Gedanke einer gründlichen Rache, ich nahm mir vor, Sie zur Strafe für Ihren ungerathen Verdict in der Thantasse alles Gerechtigkeit zuzurückzuführen zu lassen, das Sie in der Thantasse bei mir getroffen hätten, wenn ich gemein wäre, wofür Sie mich halten zu dürfen glaubten. So trat ich dem mit meiner Ein-

labung zu Ihnen heran, suchte Sie aber, sobald ich Sie im Bereich meiner vier Pfähle sah, durch Zweideutigkeiten aller Art zu den schlauesten Vermutungen aufzuregen, und konnte dies um so eher die halbe Nacht hindurch fortsetzen, als mich ohnehin die Pflege meines kranken Gauls, der leider um ein Uhr tot hinfiel, nicht aus dem Bett denken ließ.“ „Also war es“, unterbrach Otto den Jäger, „der Tod des Gauls, den Ihr Curer Mutter auf die Frage, wie's stünde, verlinkbetet?“ „Auch das haben Sie gehört?“ verzeigte Jener, „nun, der Zufall hat mir besser gedient, als ich ahnen konnte! Wahrlich, daran dachte ich nicht, aller Mühe wertig mir, als ich das schöne, treue Tier, das ich erst vor wenigen Wochen um teuren Preis erlangt, zusammenbrechen und die vier Pfähle von sich strecken sah, ich schüttelte den Hafer über den toten Körper aus und warf das Maß an die Wand, daß es zerbrach.“

„Seid Ihr“, fragte Adolf, „nicht der Sohn des —?“ Er nannte den Namen des schon erwähnten berüchtigten Mörders, den er mit eigenen Augen hatte töpfen sehen. „Heiliger Gott, nein“, erwiderte der Jäger entsetzt, „wie kommen Sie zu einer solchen Frage?“ „Ein alter Kalender“, warf Otto ein, „den wir oben fanden, veranlaßte diesen Irrtum, der uns in der Nacht mit Grauen erfüllte und ohne den Curer Plan gewiß nicht so gut geklärt wäre.“ „Was in der Kammer alles liegen mag“, verzeigte der Jäger, „weil ich nicht, ich habe mich noch nicht darum kümmern können, denn ich bin erst seit kurzem im hiesigen Revier angeheilt und habe bis auf weiteres in dieser Wirthshaus, die nächsten eingekerkert und an deren Stelle ein ordentliches Haus aufgeführt werden soll, Quartier nehmen müssen.“ „Ihr seid ein braver Mann“, rief Adolf aus und legte seine Hände auf den Tisch, „nehmt das als Beistand zu einem neuen Gaul!“ Otto wollte in fudelnischer Unbekümmertheit um den nächsten Tag daselbe tun, doch der Jäger hob das Geld zurück und sagte: „Ich nehme keinen Pfennig, es ist genug, wenn wir uns gegenseitig verzeihen.“

Worte.

Von Th. W. Keimer.

Ich kenne Worte, die wie Messer sind,
Wie spitze Schwerter oder scharfe Nuten,
Und Wunden machen, die solange bluten,
Daß unser ganzes Leben uns zerrinnt.

Und kenne Worte, die wie Messer sind,
Wie sie der Aerzte sanfte Hände tragen,
Die zaudernd nie in unsern Wunden zagen
Und sie mit zarten Fingern stillen sind.

Doch weh, sie schmerzen, schmerzen alle beid'
Und lassen Narben uns, die gleichen Särgen,
Die unvergeßne Bitterkeiten bergen,
Und unsre Seele niemals uns verzeiht.

Und wer auch einst von ihnen Heilung nahm,
Ward doch den Aerzten wie den Messern gram.

Die Entstaatlung der Wirtschaft.

Von Professor Dr. M. J. Bonn (Berlin).
(Schluß.)

Die Forderung nach dem Ausscheiden des Staates aus dem Wirtschaftsleben findet sich in verschiedenen Formen.

Man kauft mit Recht Sturm gegen eine bürokratische Behandlung der Industrie, die sich nicht bewährt hat. Man greift mit gutem Grunde den Zentralismus an, der die Macht dieser Bürokratie erhöht, die Größe der von ihr zu übernehmenden Aufgaben bis zur Unübersichtlichkeit steigert und dabei die Möglichkeit von allerlei Schleichungen vermehrt. Man erhebt den Ruf „Los von Berlin“ und verlangt die Schaffung von Wirtschaftsprövinzen. Soweit es sich nur darum handelt, Aufgaben, die die Zentralgewalt an sich gerissen hat und bis jetzt schlecht erfüllt hat, provinziellen Organen zu übertragen, liegt keine Auflösung der Staatsgewalt vor, — im Gegenteil, wenn in der Provinz Aufgaben gelöst werden, die die Zentralgewalt nicht zu bewältigen vermag, so wird der Staat als solcher gestärkt. Wenn aber die provinzielle Verwaltung dahin strebt, die wirtschaftliche Anarchie der Kriegszeit zu legalisieren und sich das Recht nimmt, innere Wirtschaftsgrenzen zu ziehen, auch wenn es nicht Zollgrenzen sind, so zerstückt sie die Wirtschaftseinheit des Staatsgebietes. Sie raubt der Zentralverwaltung die Möglichkeit einer einheitlichen Wirtschaftspolitik. Sie selbst ist zu einer solchen gar nicht imstande. Denn einer provinziellen Handelspolitik fehlt der große Raum, der die Vielgestaltigkeit von Produktion und Konsum bedingt, ohne die eine kräftige Handelspolitik nicht möglich ist. Eine Ausbildung in der vorerwähnten Zeit findet statt, ehe der moderne Staat die wirtschaftliche Autonomie der Provinzen gebrochen hätte, um die Grundlagen zu schaffen, auf denen er heute steht.

Diese Vorkredungen werden vielfach dadurch unterstützt, daß bestimmte Wirtschaftsprövinzen sich bei entscheidenden Produkten als Ueberwachungsgebiete fühlen und bei Autonomie andere zu dominieren hoffen. Dazu kommt, daß die politisch-logische Schätzung der Provinzen verschieden ist, daß die Wählerchaft einer Provinz anders stimmt als die Wählerchaft des ganzen Reichs, und daß machende Kreise erdrossen. Ein von dieser Wählerchaft gewähltes Provinzialparlament wird, andere Wirtschaftspolitik machen als das Zentralparlament. Man denkt wohl unbewußt, an Zustände, die den amerikanischen ähneln, wo der Kampf gegen die Trübs immer wieder dadurch illusorisch gemacht wird, daß die Gesetzgebung bestimmter Einzelstaaten, von mächtigen Interessenten beeinflusst, allerlei Handhaben geboten hat, um die Bundesgesetzgebung lahm zu legen.

Auf schließlich spielt bei dem Gedanken dieser Wirtschaftsprövinzen die Möglichkeit mit, daß die höchste Vertretung der Provinzen, das Provinzialparlament, kein politisches Parlament sein wird, in dem die Interessen majorisiert werden, sondern daß man im wesentlichen eine Interessentenvertretung schaffen kann, die in der Provinz die wirtschaftliche Gesetzgebung in der Hand hat und die äußeren Bedingungen und Formen der Produktion regelt. Man erreicht dadurch nicht nur provinzielle wirtschaftliche

Selbstverwaltung, sondern entscheidenden Einfluß außerhalb der Provinz. Denn, wenn die Wirtschaftsprövinz einer Kostenprövinz die Kohlenpreis regeln können, ohne Eingriffe der Zentralregierung befürchten zu müssen, dann beherrschen sie nicht nur das Wirtschaftsleben der eigenen Provinz, sondern das aller anderen Landesteile, die ihre Kohlen konsumieren müssen. Und wenn die Provinz zum Träger der Besteuerung wird und die Zentralregierung zu ihrem Kostgänger machen kann, dann heißt das, daß die reichen Provinzen kraft ihres Steuerbewilligungsrechts den gesamten Staat hängen machen.“

Die Übertragung staatlicher Macht an unterstaatliche Organe bedeutet an und für sich noch keine Auflösung des Staats als solchen, selbst wenn die unterstaatlichen Organe politische Herrschaftsrechte erhalten. Ein Fluß, der sich in Arme teilt, hört nicht auf Fluß zu sein, auch wenn die Arme nicht mehr läßtbar sind; etwas anderes ist es, wenn er im Sande versickert. Eine Auflösung des Staates tritt aber dann ein, wenn die politischen Verwaltungsfunktionen des Gesamtstaates privaten Körperschaften übertragen werden und wenn diesen Körperschaften nicht Selbstverwaltung im übertragenen Wirkungsbereich, sondern darüber hinaus Selbstregierung gewährt wird.

Die moderne Industrie ist einmal auf horizontaler Grundlage in Kartellen, Syndikaten und Trusts monopolistisch organisiert, indem möglichst viele Produzenten der gleichen Waren zu mehr oder minder geschlossenen Körperschaften zusammengefaßt werden. Dieser Zusammenschluß erstreckt sich formal nur auf ein einzelnes Land. Die Abmachungen und freien Bindungen aber gehen über die Staatsgrenzen hinaus und ermöglichen es, daß eine internationale Preisbildung vor sich geht, die die verschiedenen Staaten mit Mitteln der Handelspolitik zwar gelegentlich unterstützen oder erschweren können, die aber im Prinzip von der staatlichen Handelspolitik unabhängig ist.

In den Syndikaten herrschen heute die Unternehmer. Bildet man sie zu Körperschaften um, in denen die Arbeitnehmer repräsentativ vertreten sind, und beht man sie auf alle Industriezweige und auf die Landwirtschaft aus, so erhält man eine das ganze Land umfassende Organisation der Produzenten. Diese Produzentenverbände verkörpern die wirtschaftliche Macht des ganzen Volkes. Vom Standpunkt der Erzeugung aus gesehen, kann man sie als Träger der ganzen Volkswirtschaft betrachten; überläßt man ihnen die gesamte Regelung des volkswirtschaftlichen Prozesses, die Feststellung der Bedingungen, unter denen Güter erzeugt und verkauft werden, also die Regelung der Preisverhältnisse, der Absatzverhältnisse und der Preise, so gibt man der Wirtschaft „Selbstverwaltung“. Die Angelegenheiten eines jeden Wirtschaftskörpers werden dann von denen geordnet, die als Arbeiter und Unternehmer seine Träger sind, die an ihm interessiert sind und die Gesichtspunkte des Sachverständigen (h. h. des interessierten Fachmanns), zur Geltung bringen. Die Produktion wird aufs höchste gesteigert werden. Und wenn man diese Körperschaften für Staatszwecke ausnutzt, indem man sie zu Steuerindikatoren formiert und sich von ihnen die ihrer Steuerkraft entsprechenden Beiträge geben läßt, während man ihnen gestattet, ihre Ausgaben durch Preiserhöhung auch bei den direkten Steuern wieder hereinzuholen, so verschafft man dem Staat die zu seiner Erfüllung nötigen Mittel, ohne daß die Wirtschaft es spürt. Will man den zusammengefaßten Verbänden gar noch ein wirtschaftliches Gesetzgebungsrecht verleihen, geht man von der Voraussetzung aus, daß die nachstehenden das Recht zur selbständigen Ordnung ihrer Lebensbedingungen haben müssen, so fördert man die Selbstverwaltung zur Selbstregierung. Da diese Form der Selbstverwaltung auf Kosten der Konsumenten vor sich gehen muß, schließt man deren Eintritt vor.

Die Syndikate werden aber nicht bloß horizontal unter Einfluß der Arbeitnehmer organisiert, sie werden zu einer horizontalen Riesenkombination umgewandelt, in der z. B. den Erzeugern von Kohle und Kraft die Gruppe der Verbraucher angelassen wäre. An Stelle der geographischen Aufteilung des Wirtschaftsgebiets in mehr oder minder „wasserdicht“ abgegrenzte Provinzen tritt also eine Gliederung nach wirtschaftlichen Stoffkreisen. Wo diese Stoffkreise mit Raumkreisen zusammenfallen — man denke an das westfälische Kohlenrevier — ist ein Ineinanderarbeiten beider Gesichtspunkte möglich.

Es handelt sich also um den Versuch, ein quasi genossenschaftliches Gemeinwesen zu bilden, dessen Mitglieder durch Beruf und Berufsausrichtungen zu einem Selbstverwaltungskörper zusammengeschlossen sind, nur daß diese Genossenschaft nicht etwa die Beseitigung des Gewinns erstrebt, sondern seine Erhöhung und Steigerung. Die bloße Tatsache, daß diese Gedankenansätze als Gegenentwürfe zur Sozialisierung gemacht worden sind, beweist deutlich, daß es sich um den Versuch handelt, den privaten Kapitalismus auf monopolistischer Grundlage mit genossenschaftlichen Hilfsfunktionen zu verantern.“

Diese ganzen aus Unternehmerkreisen kommenden Gedankenansätze stimmen in ihrem politischen Kern mit den Anschauungen der Gläubigertheoretiker überein. In beiden Fällen handelt es sich darum, daß der Produktionsprozeß und damit die wirtschaftliche Macht den Produzenten überlassen werden soll. Nur die Aufstellung über den Begriff „Produzenten“ ist verschieden. In beiden Fällen wird die Ausübung der wirtschaftlichen Macht an die nachstehenden als eine Selbstverständlichkeit betrachtet und als Selbstverwaltung bezeichnet. In beiden Gedankenansätzen kommt nicht nur zum Ausdruck, ob die Produzenten selbstverwaltende Wirtschaftskörper bilden dürfen, die das Gemeinwesen gewährleisten muß oder ob die höchste Macht dem Parlament als Vertreter der Gesamtheit bleiben soll. In einer auf wirtschaftlichem Laugvertrieb beruhenden Gesellschaft mit monopolistischem Tendenzen bedeutet selbstherrliche Preisbildung nicht Selbstverwaltung, sondern Tributverpflichtung anderer Kreise, ganz einerlei ob Arbeiter oder Unternehmer oder ein paritätischer Verband die Preis Herrschaft ausüben. Wenn die politische Gewalt der Volksgemeinschaft auf diese Kontrolle der Preis Herrschaft verzichtet, so verzichtet sie damit auf die Ausübung der Staatsgewalt als Vertretung aller. Die einzelnen Produktionsgruppen sind nicht gleich stark und vom Standpunkt des Konsums aus gesehen, nicht gleich wichtig. Das Ergebnis des Ringens um die Preis Herrschaft ohne Eingriffe des Staates würde eine Mischung der wichtigsten Produktionsgruppen zur Ausbeutung anderer zur Folge haben. Vorbilder hierzu liefern die Kämpfe um Zolltarife. Und nicht nur im Innern, auch nach außen wird das so sein. Eine Gruppe, die den heimischen Markt ohne Rücksichtnahme auf die Konkurrenz beherrscht, kreist nach außen eine ausmachende Wirtschaftspolitik für Preisinteressen, nicht als Vertreter der Gesamtheit. Das Verhalten der amerikanischen Deutereferenzen macht hier weitere Entwicklungen wahrscheinlich.

Wenn die Selbstverwaltung der Gruppen nur bedeutet, daß ihnen leitens des Staates Aufgaben zur Erledigung übertragen werden, wobei sich die Gesamtheit ein weitgehendes Aufsichtsrecht vorbehält, dann handelt es sich in der Tat um einen zweckmäßiger Organisations. Die Selbstverwaltung der Industrie entspricht dann der Selbstverwaltung von Justiz, die einem Statregime unterstanden. Dann kann man auch an Gewerkschaften

*) Vergl. die Sonderkommun der Wirtschaftlichen Nachrichten aus dem Ruhrbezirk vom 10. Oktober 1920 mit Beiträgen von Stinnes, Riebel, Knaack u. A.

**) Vergl. z. B. die Vorlesung von Stinnes im Sozialwissenschaftlichen Institut des Reichswirtschaftsrats.

